

EUROPÄISCHES NETZWERK GEGEN ARMUT

Stimmen der Armut

Arbeit und Arbeitslosigkeit in der EU



EUROPÄISCHES NETZWERK GEGEN ARMUT (EAPN)

Stimmen der Armut:

Arbeit und Arbeitslosigkeit in der EU

Danksagung

Die vorliegende Veröffentlichung wurde von der Task Force Beschäftigung des Europäischen Netzwerks gegen Armut (EAPN) zusammengestellt. Zehn nationale Netzwerke des EAPN führten dabei die Interviews durch. Für die Gesamtkoordination und die Herausgabe war das EAPN-Sekretariat verantwortlich.

Ein besonderes Dankeschön geht vor allem an die zehn Frauen und Männer, deren Geschichten das Herzstück dieser Veröffentlichung bilden. Einige von ihnen baten uns, ihre richtigen Namen nicht zu nennen. Ohne die folgenden Personen wäre diese Veröffentlichung nicht zustande gekommen:

Anja (Dänemark), Ferry (Schweden), Frédéric (Frankreich), George (Malta), Joanne (Vereinigtes Königreich), Julian (Bulgarien), Maria (Portugal) und Rose (Irland), Peter (Österreich), Natascha (Deutschland).

Folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der acht beteiligten nationalen EAPN-Netzwerke führten die Interviews durch:

Bulgarien:

Maria Sotirova und Dobrinka Kostova

Dänemark:

Ole Meldgaard und Karin Larsen

Frankreich:

Patrick Boulte

Irland:

Paul Ginnell

Malta:

Christine Grixti und Godfrey Kenely

Portugal:

Fernando Martinho

Schweden:

Johannes Jorgensen

Vereinigtes Königreich:

Colin Hampton

Österreich:

Maria Zimmermann und Eugen Bierling

Deutschland:

Andreas Hutter und Alfred Schleimer

Seitens der Europäischen Kommission geht unser Dank an Nikolaus G. van der Pas, Generaldirektor Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit und auch an Ronald Janssen vom Europäischen Gewerkschaftsbund für ihre wichtigen Beiträge.

Unser Dank gilt ebenfalls Jill Evans und Jeff Notts für das geschickte Redigieren der Interviews sowie Colin Hampton (Vereinigtes Königreich) und Andreas Hutter, dem Vorsitzenden der Task Force Beschäftigung, für die Unterstützung bei der Entwicklung des Projekts. Und natürlich auch ein Dankeschön an das EAPN-Sekretariat: Claire Champeix, Sian Jones und Fintan Farrell für die Koordinierung der Veröffentlichung und Coralie Flemal für die administrative Unterstützung. Die Übersetzung ins Französische stammt von Serge Federico, ins Deutsche von Isabel Kern.

Die vorliegende Veröffentlichung wurde durch finanzielle Unterstützung der Europäischen Kommission und - als Ausgabe in deutscher Sprache - von der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht.

INHALT

Einführung	6
UNSERE GESCHICHTEN: Zehn Stimmen aus der EU	9
Gar nicht zu alt zum Arbeiten – Die Geschichte von George	11
Behinderung, Diskriminierung und Armut – Die Geschichte von Rose	17
Arbeit: Ein Menschenrecht. Ein politischer Flüchtling kämpft um seine Würde Die Geschichte von Ferry	23
Armut infolge einer Leistungskürzung - Die Geschichte von Anja	29
Das schwere Leben einer schwer arbeitenden Frau – Die Geschichte von Maria	35
Ohne Land und ohne Arbeit – Die Geschichte von Julian	39
Fröhliche Weihnachten! Wir stellen Ihre Leistungszahlungen ein! Die Geschichte von Joanne	45
Rückweg in die Arbeit - Die Geschichte von Frédéric	49
Arbeit weg, Freunde weg - Die Geschichte von Peter	53
Ausbildung gibt Zukunft - Die Geschichte von Natascha	57
Die Antwort der Kommission	61
Eine Ansicht des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)	64
Schlussfolgerungen und Empfehlungen des EAPN	67
Schlüsselemente einer wirksamen aktiven Eingliederungsstrategie	72
Impressum	76

Einführung

Das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) ist ein unabhängiges Netzwerk, das 21 nationale Netzwerke und 26 europäische Organisationen vertritt, die sich dem Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in der EU verschrieben haben. Teil dieses Kampfes ist das Engagement für die Stärkung der Handlungskompetenzen („empowerment“) von Menschen, die von Armut betroffen sind, sodass sie ihre Sorgen, Bedürfnisse, Hoffnungen und Wünsche leichter und direkt zum Ausdruck bringen können. Die vorliegende Veröffentlichung möchte diesen Prozess unterstützen und ist den zehn Frauen und Männern gewidmet, die sie erst ermöglicht haben:

Anja, Ferry, Frédéric, George, Rose, Joanne, Julian, Peter, Maria und Natascha sowie den Nichtregierungsorganisationen (NRO) und den EAPN-Netzwerken, die ihnen Hilfe bieten.

Die EU durchläuft zur Zeit eine Glaubwürdigkeits- und Richtungskrise bei ihren Bemühungen, Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen zu finden, die sich bei der Schaffung eines Europas einstellen, das sowohl die Bürgerinnen und Bürger, als auch die Regierungen brauchen. Die ursprüngliche Lissabonner Strategie, die im Jahr 2000 auf dem Lissabonner Gipfel vereinbart wurde, bot eine integrierte soziale und wirtschaftliche Vision von Europa, die darauf abzielte „die EU zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren Zusammenhalt zu erzielen“. Auf dem Frühjahrsgipfel im März 2005 wurden diese Prioritäten neu ausgerichtet. An die erste Stelle rückten jetzt „Wachstum und Beschäftigung“ als notwendige Voraussetzungen für den sozialen Zusammenhalt und eine nachhaltige Umwelt. Das EAPN ist der Ansicht, dass es sich hierbei möglicherweise um eine verpasste Gelegenheit handelt, ein europäisches Sozialmodell wiederherzustellen, dessen wirtschaftliche Vision dazu dient, eine gerechtere und nachhaltigere Gesellschaft mit größerer Chancengleichheit zu schaffen, und das den sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Säulen die gleiche Priorität einräumt. Das EAPN ist besonders über die Auswirkungen besorgt, die ein eng gefasster Schwerpunkt auf Beschäftigung und Wachstum für die 72 Millionen von Armut bedrohten Menschen und die 18 Millionen Arbeitslosen in der erweiterten Europäischen Union der 25 Mitgliedstaaten haben wird.

Wie will die überarbeitete Lissabonner Strategie die Versprechungen hinsichtlich eines entscheidenden Beitrags zur Beseitigung von Armut bis zum Jahr 2010 wahr werden lassen? Wie gut wird der neue Lissabonner Prozess mit der neuen, gestrafften offenen Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung abgestimmt sein? Ein diesbezügliches Versäumnis wäre nicht nur eine sträfliche Verschwendung echter Humanressourcen, die Europa zum Blühen und Gedeihen braucht, sondern würde auch die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen enttäuschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Gleiches gilt für die Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger bzw. in der EU lebenden Menschen, die Teil eines dynamischen sozialen Europas sein wollen, das sich um seine verletzlichsten Bürgerinnen und Bürger kümmert.

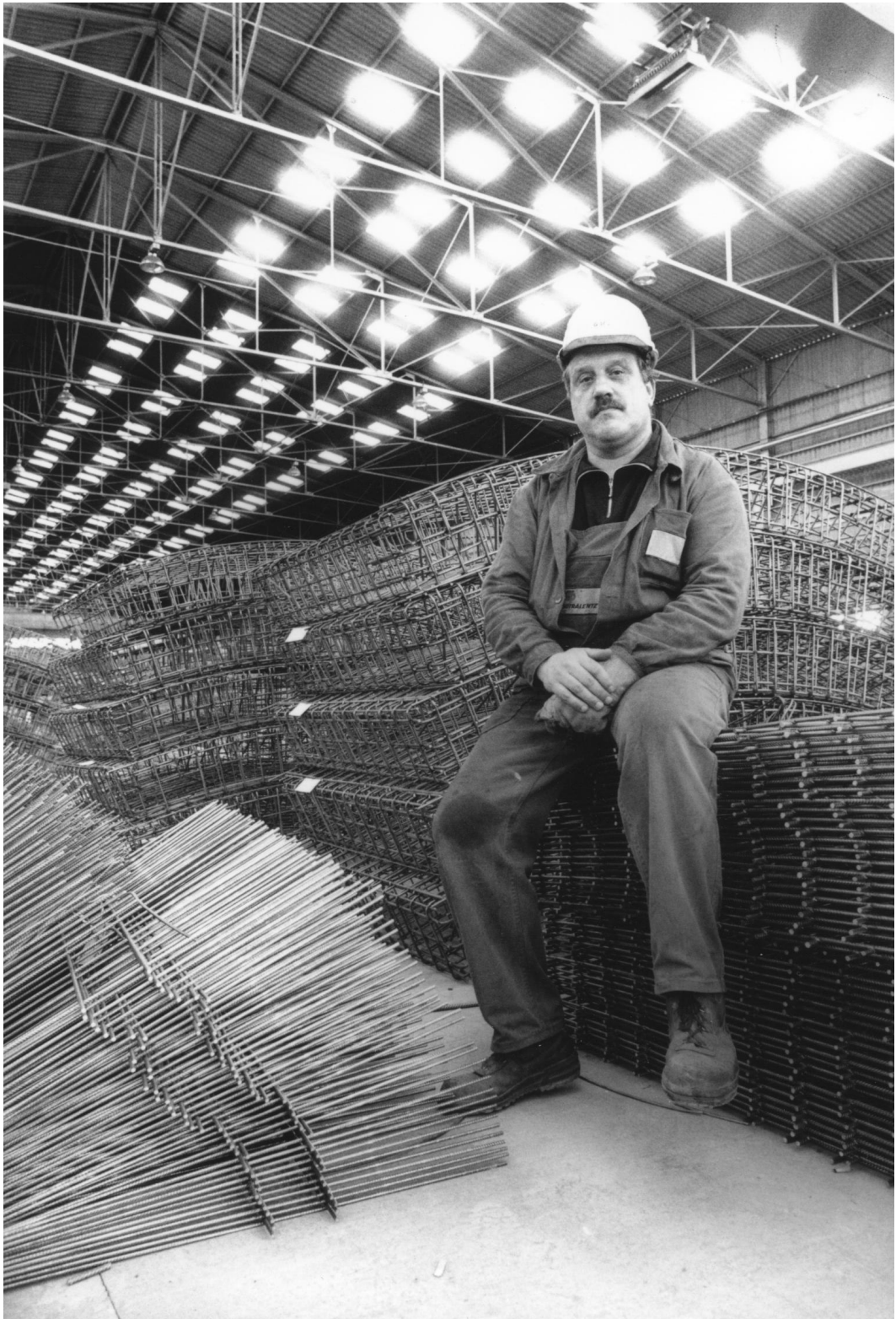
Die vorliegende Veröffentlichung erscheint zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die ersten Umsetzungsergebnisse der überarbeiteten Lissabonner Strategie zeigen, und konzentriert sich insbesondere auf die Folgen, die einige dieser Maßnahmen auf das Leben von betroffenen Männern und Frauen in der erweiterten Europäischen Union haben.

Acht nationale EAPN-Netzwerke interviewten Menschen, mit denen sie regelmäßig zusammenarbeiten. Einige dieser Menschen arbeiten, andere sind arbeitslos und manche hatten noch nie einen Arbeitsplatz. Allen ist gemein, dass sie unterhalb bzw. an der Armutsgrenze leben und direkt die Auswirkung zu spüren bekommen, die die Strategien der Mitgliedstaaten zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum haben. Diese Erfahrungsberichte bieten nur einen kleinen Überblick über die Art und Weise, wie Europa den verletzlichsten Menschen, die heutzutage von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, zugute kommt oder eben nicht.

FINTAN FARRELL, VORSITZENDER DES EAPN

UNSERE GESCHICHTEN:

Zehn Erfahrungsberichte aus der EU



Gar nicht zu alt zum Arbeiten! Die Geschichte von George



George ist über 50, verheiratet und hat zwei Kinder. In seiner Familie ist er der Hauptverdiener. 2003 verlor er seinen Arbeitsplatz bei einer maltesischen Schiffswerft.

Verlust des Arbeitsplatzes

Die Schiffswerft, für die George arbeitete, wurde im Jahr 2003 dicht gemacht. Aufgrund seines Alters wurde George für die Frührente ausgewählt. Er erhielt eine Abfindung von 17 000 Euro – 1000 € für jedes Jahr, das er bei der Werft gearbeitet hatte. Da er bereits über 50 war, kam George für eine alternative Beschäftigung nicht in Frage. Die Entlassungskriterien des Managements empfand George als unfair.

„Viele hart arbeitende Leute wurden gefeuert“, sagt George.

Der Lebenslauf von George

George begann 1986 für die Malta Shipbuilding zu arbeiten. Er verließ damals den kleinen Betrieb seines Vaters und dachte, einen sicheren Job fürs Leben gefunden zu haben. George eignete sich neue Fähigkeiten und Arbeitserfahrung an, vor allem in den Bereichen Isolierung, Wandverkleidung und Einbau von Gefrierschränken. Seine Entlassung war für George ein schwerer Schock, der sein Leben vollkommen auf den Kopf stellte.

Keine staatliche Unterstützung

George ließ sich bei der ETC (Employment and Training Corporation) als arbeitslos registrieren. Er war bereit, jeden Job anzunehmen. George war jedoch seit anderthalb Jahren ohne Arbeit und erhielt keinerlei staatliche Unterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung wurde ihm verweigert, da er eine Garage besaß, die groß genug für zwei Autos war und auf 25 000 € geschätzt wurde.

Auf Arbeitsuche

Eineinhalb Jahre Arbeitslosigkeit waren für George und seine Familie eine schwere Zeit. Die ETC nannte George fast 90 Firmen mit freien Stellen. Er meldete sich bei diesen Firmen, wurde aber nie zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Häufig bekam er noch nicht einmal eine Absage, um ihm mitzuteilen, dass die freie Stelle anderweitig besetzt worden war.

„Selbst eine Absage ist besser als gar nichts, wenn man arbeitslos ist und die Zukunft unsicher“, sagt George.

George bewarb sich auch auf Stellenanzeigen in den Zeitungen, was jedoch ohne Erfolg blieb. Zu dieser Zeit hatte die ETC kein spezielles Programm für ältere Arbeitnehmer wie George, und so wurde ihm auch keine Weiterbildung angeboten.

Zu alt zum Arbeiten?

Einmal forderte George einen potenziellen Arbeitgeber heraus, der ihm gesagt hatte „Sind Sie nicht schon auf dem absteigenden Ast?“. George antwortete, dass er noch in guter gesundheitlicher Verfassung sei, gerade sein Haus neu gestrichen habe und außerdem ungefähr genauso alt sei wie sein Gesprächspartner.

Harte Zeiten

Die psychische Belastung für George und seine Familie war enorm. Um seine Familie durchzubringen, musste er seine Ersparnisse und die Abfindung einsetzen.

George sagt, „es fühlte sich so an, als wäre alles verloren, was ich mir in einem 40-jährigen Arbeitsleben aufgebaut hatte. Ohne die Unterstützung meiner Frau und meiner Familie hätte ich das nicht überstanden“.

Die Hochzeit seiner Tochter verschärfte seine finanziellen Probleme. In der maltesischen Kultur ist Heiraten eine sehr teure Angelegenheit, die hauptsächlich vom Vater der Braut getragen wird.

Georges heutige Situation

George arbeitet mittlerweile in Teilzeit als Wartungsmitarbeiter bei einem privaten Unternehmen. Er verdient nur 110 € netto pro Woche, d.h. ein Drittel seines früheren Lohns bei der Werft (der Mindestlohn für einen Vollzeitjob beträgt in Malta 144 € pro Woche). George ist aber sehr zufrieden. Der Teilzeitjob bietet ihm mehr Flexibilität, und er ist nicht dem Druck einer ständigen Beaufsichtigung ausgesetzt. Eine gute Vollzeitstelle, so man ihm eine anbietet, würde er jedoch ins Auge fassen.

George sagt, „die Atmosphäre in der Familie ist viel glücklicher, und ich habe das Gefühl, dass wir als Familie durch alles, was wir gemeinsam durchgestanden haben, stärker geworden sind. Geld ist nicht alles – und ich habe ja jetzt wenigstens ein Einkommen.“

NATIONALER KONTEXT

Maltas Schiffswerften

Während der britischen Kolonialzeit (vom 19. Jahrhundert bis 1979) waren die Werften in Malta der wichtigste Industriezweig und auch der Hauptarbeitgeber. Die Malta Shipbuilding wurde in den 1970er-Jahren, als die Sozialdemokraten an der Regierung waren, gegründet, um Arbeitsplätze zu schaffen. Sie wurde immer unrentabler. Im Jahr 2003, als die EU-Mitgliedschaft unmittelbar vor der Tür stand, wurden die Gesellschaften Malta Drydocks und Malta Shipbuilding aufgelöst. Von der ursprünglichen Belegschaft von 2600 Arbeitnehmern bekamen 1700 einen alternativen Arbeitsplatz; 900 blieben mit einer ungewissen Zukunft zurück. Schließlich nutzten 418 von ihnen Frührentenprogramme, und der Rest wurde in einer neuen Gesellschaft aufgefangen.

Eine Krise für ältere Arbeitskräfte

Die Geschichte von George verdeutlicht eine Krise, mit der sich Arbeitskräfte, die die 50 erreichen, auseinandersetzen müssen. In Malta trieb die Neuordnung der traditionellen Industrien viele ältere (männliche) Arbeitskräfte in die Arbeitslosigkeit. Der Fall der Malta Shipbuilding ereignete sich, bevor von der EU finanzierte Programme speziell für ältere Arbeitnehmer eingeführt wurden. Viele Männer wie George, die davon ausgegangen waren, einen sicheren Job bis zum Rentenalter zu haben, fanden sich ihrem Schicksal überlassen und ohne Arbeit wieder. Einige fielen durch das soziale Sicherheitsnetz. Ihnen drohte die Armut.

Malta hat eine der niedrigsten Beschäftigungsquoten für über 50-Jährige (55-64).

Beschäftigungsquote für über 50-Jährige:

Malta – 52,1 % EU-Durchschnitt – 57,9 %

Erwerbsquote für über 50-Jährige:

Malta - 31,7 % EU-Durchschnitt - 43,9 %

Durchschnittsalter bei Renteneintritt

Malta - 58,8 % EU-Durchschnitt - 61,4%

Im Jahr 2005 führte die ETC (Employment and Training Corporation) ein Programm speziell für Arbeitslose über 40 ein. Dieses Programm wird komplett von der Europäischen Union finanziert und hat überaus positive Ergebnisse erzielt.

DIE WICHTIGSTEN GESICHTSPUNKTE

Bewertung der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf ältere Arbeitskräfte

Nötig ist eine gründlichere Beurteilung der langfristigen Auswirkungen, die Jobverlust und Arbeitslosigkeit speziell auf ältere Arbeitskräfte haben. Die Unternehmensführungen und Gewerkschaften müssen zusammenarbeiten, um jedem einzelnen Arbeitnehmer dabei zu helfen, sich auf solch schwierige Veränderungen einzustellen.

- **Notwendigkeit einer individuellen Unterstützung**

Der psychische Stress, dem George ausgesetzt war, zeigt, wie wichtig eine individuelle Unterstützung und Weiterbildung älterer Arbeitnehmer sowohl vor, als auch nach dem Verlust des Arbeitsplatzes ist.

- **Diskriminierung und Benachteiligung aufgrund des Alters entgegenwirken**

Die Arbeitsverwaltungen sollten darauf bestehen, dass Arbeitgeber, die ihre Dienste in Anspruch nehmen, ältere Arbeitnehmer nicht diskriminieren und ein Mindestmaß an Höflichkeit aufbringen, d.h. Menschen, die sich um einen Arbeitsplatz bewerben, eine Antwort schicken.

- **Starre Regeln für Leistungen überdenken**

George büßte sein Recht auf Arbeitslosenunterstützung ein, da er Besitzer einer Garage war, die als ein „nicht an sein Haus angrenzendes Gebäude“ eingestuft wurde. Der Kapitalwert wurde bei der Bedürftigkeitsprüfung berücksichtigt, sodass George über das festgelegte Limit von 25 000 € kam. Der Besitz einer Garage konnte jedoch nicht den Verlust eines regelmäßigen Einkommens ausgleichen.

- **Flexibilität und Sicherheit**

Zur Zeit scheint George in einer gesicherten Lage zu sein, doch für wie lange? Als Teilzeit-Beschäftigter verdient er weniger, und die Jobsicherheit ist ebenfalls eingeschränkt. Er hat einen minderjährigen Sohn, und mit zunehmendem Alter werden die finanziellen Bedürfnisse von George und seiner Frau steigen.

- **Adäquate Finanzierung der NRO**

George fand Unterstützung bei einer NRO, die auf dem Gebiet der sozialen Ausgrenzung tätig ist und von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleitet wird. Diese NRO hat ständige Finanzierungsschwierigkeiten, da sie von offizieller Seite keine regelmäßige Unterstüt-

zung erhält. Ein lang ersehntes Gesetz über die NRO würde es diesen ermöglichen, sich direkt um finanzielle Unterstützung zu bewerben anstatt dies über staatliche Stellen tun zu müssen.

- **Lokale integrierte Dienste**

Ein von der Kommission unterstütztes Seminar zur lokalen Beschäftigungsentwicklung, das am 26. Juni 2005 in Malta stattfand, betonte die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Stellen, den NRO, den Kommunen und weiteren Akteuren/offiziellen Stellen auf lokaler Ebene (im Falle von Malta heißt das auf dörflicher Ebene) anstatt nur auf Ebene der Zentralregierung.

EAPN MALTA



Behinderung, Diskriminierung und Armut

Die Geschichte von Rose



Rose ist 26 Jahre alt und eine sehr gut ausgebildete Bürofachkraft. Sie lebt bei ihren Eltern, möchte aber gern mit ihrem Freund zusammenziehen. Rose ist hörbehindert und kann einfach keinen Job finden.

Der Werdegang von Rose

Rose lebt in dem Dubliner Vorort Tallaght, in dem Armut und soziale Benachteiligung vorherrschen. Mit 18 Jahren ging sie mit dem berufsbildenden Sekundärabschluss Leaving Certificate Applied in der Tasche von der Schule ab.

Ausbildung

Nachdem sie die Schule verlassen hatte, wollte sich Rose weiterbilden. Sie schrieb sich für einen Orientierungsgrundkurs am National Training and Development Institute ein (dem jetzigen National Learning Institute, einer großen nationalen Ausbildungsorganisation). Zunächst belegte sie einen Kurs für diejenigen, die sich noch nicht ganz sicher sind, was sie machen möchten. Dieser umfasste Schnupperkurse zu Themen wie Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten, soziale Kompetenz, Aufbau des Selbstvertrauens und PC-Kenntnisse.

Zusätzliche Ausbildung

Durch die Schnupperkurse entschied sich Rose für einen zwei Jahre dauernden Kurs in Betriebswirtschaftslehre. Sie wollte Fähigkeiten für einen Arbeitsplatz im Bürobereich erwerben. Rose verbesserte ihre PC-Kenntnisse, lernte Buchführung und wie man Kunden empfängt und mit ihnen umgeht. Den Kurs schloss sie mit dem European Computer Driving Licence (ECDL) Zeugnis ab, einer IT-Qualifikation, die von den EU-Mitgliedstaaten anerkannt wird.

Und noch eine Ausbildung

Als Nächstes belegte Rose einen zwei Jahre dauernden Kurs und erhielt im Jahr 2003 eine national anerkannte Qualifikation in Betriebswirtschaft.

Finanzielle Unterstützung

Während sie sich noch in der Ausbildung befand, erhielt Rose nach einer Bedürftigkeitsprüfung eine Arbeitslosenunterstützung von 45 €, zuzüglich 12,75 €. Zu dieser Zeit war sie auf die finanzielle Unterstützung durch ihre Eltern angewiesen. Etwa drei Jahre später beantragte sie

aufgrund ihrer Hörbehinderung erfolgreich das einer Bedürftigkeitsprüfung unterliegende Behindertengeld von 124,80 €. Aufgrund des Mainstreamings der Dienste für Menschen mit Behinderungen erhielt Rose kurz darauf zusätzlich zu ihrem Behindertengeld 34 € extra die Woche.

Auf Arbeitsuche

Ein halbes Jahr vor ihrem Abschluss im Jahr 2003 begann Rose, Bewerbungen zu schreiben. Während dieser sechs Monate gelang es ihr nicht, einen Job zu bekommen. Als sie ihren Abschluss schließlich in der Tasche hatte, war Rose arbeitslos. Zu dieser Zeit lebte sie von Behindertengeld in Höhe von 134,80 € pro Woche.

Community Employment

Eines Tages entdeckte Rose in ihrem lokalen Arbeitsamt Foras Aiseanna Saothair (FÁS) eine Stellenanzeige für eine Verwaltungskraft in einem Community Employment-Programm (CE) im Arbeitslosenzentrum von Tallaght.

Rose beschloss, herauszufinden, ob sie für diese Stelle in Frage kam. Sie kam. Sie bewarb sich um diese Stelle, wurde zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen, und etwa eine Woche später unterbreitete man ihr ein Jobangebot. Seit zwei Jahren arbeitet Rose im Rahmen des CE-Programms, übernimmt dabei Verwaltungsaufgaben und hilft bei der Buchführung.

Rose sagt, „durch meine Arbeit im Rahmen des CE-Programms habe ich sehr viel Erfahrung gesammelt“.

Solange sie an einem CE-Programm teilnimmt, wird ihr Behindertengeld einer Bedürftigkeitsprüfung unterzogen. Ihr Einkommen durch das CE-Programm beträgt 269,50 € pro Woche einschließlich ihres Behindertengeldes. Rose hält das für sehr wenig, doch liegt ihr Einkommen immer noch über dem Mindestlohn von derzeit 7,65 € pro Stunde.

Kosten aufgrund der Behinderung

Rose hat die staatliche, einer Bedürftigkeitsprüfung unterliegende medical card, durch die sie kostenfrei ärztliche Hilfe bekommt. Ihre medical card deckt die meisten ärztlichen Kosten, doch deckt sie nicht alle Kosten für Hilfe, die einem Menschen mit Behinderung für die Ausübung seiner Arbeit entstehen.

Rose sagt, „das Hörgerät, das ich durch meine medical card bekomme, ist für ein Arbeitsumfeld ungeeignet. Diesbezügliche Extrakosten muss ich von meinem geringen Einkommen bestreiten“.

Diskriminierung

Seit acht Monaten sucht Rose einen Vollzeitjob als Bürofachkraft. In dieser Zeit hatte sie etwa zwanzig Vorstellungsgespräche, die jedoch erfolglos blieben. Das ist sehr schwer für sie. Kurzfristig kann Rose noch ein drittes und letztes Jahr im CE-Programm bleiben. Außerdem hat sie einen neuen Kurs belegt, nach dessen Abschluss sie Buchführungsfachkraft sein wird. Rose hat zahlreiche Qualifikationen und viel Erfahrung, findet aber trotzdem keinen Job.

Rose sagt, „Arbeitgeber möchten keine Menschen mit Behinderungen einstellen, da sie wohl der Meinung sind, dass bei ihnen die Einarbeitung und die Erledigung der Aufgaben länger dauert als bei ‚normalen‘ Leuten. Ich habe zahlreiche Kurse in Wirtschaft und Buchführung abgeschlossen und kann ausgezeichnet mit dem PC umgehen. Ich habe meine ECDL, City & Guilds und FETAC Zeugnisse, die von Arbeitgebern anerkannt werden. Außerdem verfüge ich über eine etwa zweijährige Berufserfahrung im Bürobereich. Ich habe mich schon so oft beworben und war schon bei so vielen Vorstellungsgesprächen, doch lehnen Arbeitgeber mich immer ab. Ich vermute, dass mich Arbeitgeber aufgrund meiner Hörbehinderung nicht einstellen wollen. Das ist nicht richtig. Menschen mit Behinderungen können eine Arbeit genauso gut erledigen wie jeder andere auch. Was ich zur Zeit verdiene, reicht nicht für meinen Lebensunterhalt aus“.

Rose ist über ihre momentane Lage sehr frustriert. Die Tatsache, dass sie keinen Job findet, wirkt sich sehr stark auf alle Lebensbereiche aus. Rose lebt noch bei ihren Eltern.

Sie sagt, „mit 26 Jahren kann ich nicht meine Zukunft in die Hand nehmen und die Beziehung zu meinem Freund festigen, da ich keinen Vollzeitjob finde. Die Banken würden uns für eine Hypothek nicht in Betracht ziehen. Ich bin jetzt seit mehr als vier Jahren mit meinem Freund zusammen. Manchmal denke ich, dass er unsere Beziehung aufgrund dieser Situation vielleicht beenden möchte. Die Gesellschaft kennt mich nicht. Meine Lebenssituation und die Auswirkungen, die sie auf mein persönliches Wohlergehen haben kann, interessiert sie nicht. Ich finde, es gibt mehr Aspekte der Armut, die zu berücksichtigen sind. Wir haben uns unsere Wohnraumprobleme genau betrachtet und zur Zeit scheinen sich uns keinerlei Optionen zu bieten“.

NATIONALER KONTEXT

FÁS (Foras Aiseanna Saothair) ist Irlands nationale Ausbildungs- und Beschäftigungsbehörde, die im Rahmen der nationalen Aktionspläne für Beschäftigung für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen, einschließlich Community Employment-Programme (CE), verantwortlich ist.

Community Employment (CE) ist eine aktive Arbeitsmarktmaßnahme. Die Teilnehmenden arbeiten oder absolvieren eine Ausbildung für durchschnittlich 19,5 Stunden die Woche, hauptsächlich bei kommunalen und gemeinnützigen Organisationen. Der Schwerpunkt liegt immer häufiger auf Ausbildung und Weiterentwicklung. Die Teilnehmenden erhalten eine Bezahlung, die leicht über ihrer Arbeitslosenunterstützung liegt. Nach einer Bedürftigkeitsprüfung können sie einen Teil ihrer Sekundärleistungen weiterhin beziehen, etwa Behindertengeld, Alleinerziehendengeld usw. Um in Frage zu kommen, müssen die Teilnehmenden im Allgemeinen älter als 25 Jahre und seit zwölf Monaten arbeitslos sein. Bestimmte Personen, so auch Menschen, die Behindertengeld beziehen, können schon mit 18 Jahren anspruchsberechtigt sein. Die Plätze sind für ein Jahr gedacht, können aber maximal bis zu drei Jahre in Anspruch genommen werden. Personen, die älter als 55 Jahre sind, können noch drei Jahre extra bewilligt bekommen (bis maximal sechs Jahre).

Zur Zeit bietet die Regierung zahlreiche Programme und Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen an, die hauptsächlich von FÁS geleitet werden. Oft beinhalten diese ein Angebot an Arbeitgeber zum Umgang mit Menschen mit Behinderungen, Zuschüsse für den behindertengerechten Umbau von Arbeitsplätzen und weitere Zuschüsse, finanzielle Beihilfen für Arbeitgeber auf der Grundlage von verringerten Produktivitätsraten, Job-Trainer usw. FÁS gibt aber selbst zu, dass die freiwillige Inanspruchnahme dieser Unterstützungsprogramme seitens der Arbeitgeber eher gering ist. Der öffentliche Dienst hat ebenfalls die Vorgabe, dass 3 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Menschen mit Behinderungen sein sollen. Das Feedback zum Erfolg dieser Initiative fällt jedoch gemischt aus. Für Menschen mit Behinderungen bestehen beim Zugang zu Beschäftigung nach wie vor große Hürden, was manche von ihnen in die Armut treibt.

DIE WICHTIGSTEN GESICHTSPUNKTE

○ Enge Verknüpfung zwischen Behinderung und Armut

Statistiken zeigen, dass die Situation von Rose kein Einzelschicksal ist. Während Irlands aktuelle Beschäftigungsrate bei 67,1 % liegt, haben nur 40 % der Menschen mit einer langfristigen/chronischen Krankheit oder Behinderung eine Arbeit. Der Rest wird statt „arbeitslos“ hauptsächlich als „nicht zu den Arbeitskräften gehörend“ gezählt. In der Gesamtbevölkerung erlebten 4,7 % primäre Benachteiligungen, und 21,9 % waren von Armut bedroht. Im Falle von Haushalten aber, bei denen die Referenzperson aufgrund einer Krankheit oder Behinderung arbeitslos war, erlebten 22,5 % Benachteiligungen, und 66,5 % waren von Armut bedroht.

○ Diskriminierung aufgrund einer Behinderung

Das irische Gesetz zur Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt nennt Menschen mit Behinderungen unter einem der neun Gründe, die Diskriminierung verbieten. Dieses Gesetz hängt jedoch davon ab, dass eine Einzelperson juristisch gegen einen Arbeitgeber vorgeht und der Arbeitgeber nachweisen muss, dass keine Diskriminierung stattgefunden hat. Eine große Lücke im irischen Gesetz zur Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt liegt darin, dass es nicht von Arbeitgebern verlangt, proaktiv Maßnahmen und Verfahren einzuführen, die die Gleichstellung fördern. Eine Revision des irischen Gleichstellungsgesetzes sollte eine Verpflichtung seitens der Arbeitgeber aller Bereiche (also des öffentlichen, privaten, kommunalen und gemeinnützigen Sektors) beinhalten, aufzuzeigen, inwiefern sie die Gleichstellung proaktiv fördern. FÁS sollte die eigenen Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen prüfen, um sicherzustellen, dass sie ihre Ziele auch erreichen.

○ Das Sozialleistungsniveau und Behinderungen

Eine Prüfung aller Sozialleistungen einschließlich der Sekundärleistungen ist vonnöten, um sicherzustellen, dass ihre Höhe ausreicht, Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen und dass die Art und Weise der Einstellung dieser Zahlungen nicht in Armutsfallen führt. Hier sollte auch ein spezieller Schwerpunkt auf sämtlichen behinderungsspezifischen Zahlungen und Unter-

stützungen liegen. Ferner müssen die Kosten der Behinderung selbst berücksichtigt werden. Die Beibehaltung der kompletten medical card ist für Menschen mit Behinderungen von besonderer Bedeutung.

- **Komplexität des irischen Sozialschutzsystems**

Eine Vereinfachung der Sozialschutzsysteme ist unbedingt erforderlich, sodass Menschen, die aus Arbeitslosen- oder aktiven Arbeitsmarktprogrammen kommen, gut informierte Entscheidungen treffen und Armutsfallen entgehen können.

EAPN IRLAND



Arbeit: Ein Menschenrecht. Ein politischer Flüchtling kämpft um seine Würde

Die Geschichte von Ferry



Im Iran arbeitete Ferry als Universitätsdozent. Um der Verfolgung zu entgehen, suchte er in Schweden Asyl.

Flucht aus dem Iran

Im Jahr 1999 flohen Ferry und seine Frau vor der Verfolgung im Iran. Sie konnten keine Pässe bekommen und reisten illegal nach Schweden. Die Reise dauerte einen Monat und fand unter schwierigen Bedingungen statt.

Ferry sagt, „politischen Flüchtlingen stellen sich besondere Schwierigkeiten. Leider sind viele von uns arbeitslos. Wir haben verschiedene kulturelle Hintergründe. Wir sind geflohen, da wir uns in Ländern, in denen häufig das Chaos herrscht, in sehr schwierigen Lagen befanden“.

Ferry sagt, „unsere psychische und wirtschaftliche Situation ist sehr schwer. Wir denken und reagieren anders als Menschen mit Arbeit, und nach und nach büßt unser Leben seinen klaren Mittelpunkt ein“.

Das Leben in einem Flüchtlingslager

Ferry und seine Frau beantragten politisches Asyl und wurden in einem Flüchtlingslager untergebracht. Sie erhielten eine Broschüre auf Persisch, die sie über ihre Rechte und Pflichten als politisch motivierte Asylsuchende informierte. Zu diesen Rechten gehörte, dass sie auf dem freien Arbeitsmarkt nach einem Job suchen könnten, wenn sich das Verfahren länger als vier Monate hinziehen sollte. Ferry wollte unbedingt Schwedisch lernen. Nach einer Wartezeit von mehreren Wochen konnte er endlich Vormittagskurse besuchen. Außerdem begann er, der Hauptdozentin der Schule bei Übersetzungen vom Französischen ins Persische zu helfen.

Auf Arbeitssuche

Nach drei Monaten begann Ferry, sich um die Arbeitssuche Gedanken zu machen.

Ferry sagt, „ich erzählte meiner Schwedischlehrerin, dass ich gerne Französischunterricht geben würde. Sie bot an, mit einem Freund zu sprechen, der für eine Organisation im Bereich der Erwachsenenbildung arbeitete. Zusammen besuchten wir ihren Freund in seinem Büro“.

Dort wollte man Ferry gerne einen Job als Französischlehrer geben. Die Formalitäten mussten jedoch mit der Leiterin des Flüchtlingslagers erledigt werden.

Ferry sagt, „meine Probleme mit der Leiterin des Flüchtlingslagers begannen, als ich anfang, mich um einen Job zu bemühen. Ich sagte ihr, dass ich einen Job gefunden hatte. Ich bemerkte sofort, dass sie nicht sonderlich begeistert war. Sie ließ jemanden rufen, der dafür zuständig war, den Bewohnern des Flüchtlingslagers Arbeiten zuzuteilen. Man bot mir eine Arbeit im Wald als Holzfäller an. Dabei handelte es sich um einen Vollzeitjob. Die Leiterin sagte, ‚gebt ihm die notwendige Kleidung und Ausrüstung, um im Wald zu arbeiten‘. Ich fragte sie, warum ich diesen Job machen sollte. Sie antwortete mir, da ich ja arbeiten wolle, sei dies der richtige Job. Ich fragte mich, warum sie mir das wohl sagte. Immerhin hatte ich mir ganz allein einen Job gesucht, warum war sie denn nicht froh darüber? Warum sollte ich im Wald arbeiten, wo ich doch einen anderen Job hatte? Für die Arbeit im Wald war ich gar nicht kräftig genug. Ich wollte mit meinem Gehirn arbeiten“.

Die Leiterin des Lagers teilte Ferry mit, dass der Job im Wald die einzige Arbeit sei, die für ihn in Frage komme. Er zeigte ihr die Broschüre mit den Rechten der Asylsuchenden, aber auch das half nichts. Ferry besprach seine Probleme mit seiner Schwedischlehrerin. Er sagt, „von meiner Schwedischlehrerin erfuhr ich, dass die Leiterin des Lagers keine Ausländer mochte, insbesondere keine aus dem Iran“.

Ferry beschloss, für sein Recht auf eine geeignete Arbeit zu kämpfen. Er ging zu der Schule, die ihm den Job angeboten hatte. Dort war man enttäuscht. Er erfuhr, dass die Leiterin des Lagers gewarnt hatte, man habe kein Recht, ihn einzustellen.

Ferry sagt, „ich ging wieder ins Lager zurück und sprach mit der Leiterin. Und dann geschah etwas Merkwürdiges. Früher, wenn sie meine Hilfe mit neu angekommenen Menschen aus dem Iran benötigte, hatte sie mein Englisch immer ohne Probleme verstanden. Jetzt aber, als ich mit ihr über meinen Job reden wollte, behauptete sie, mich nicht verstehen zu können“.

Ferry trug sein Problem dann der Hauptdozentin von der Schule im Flüchtlingslager vor. Sie gab seinen Fall an ihren Mann weiter, der bei der Gemeinde beschäftigt war. Ferry wandte sich an Gemeindepersonal und erzählte, dass er im Iran Französisch an der Uni gelehrt hatte. Von der Gemeinde bekam er einen Job in der Schule des Flüchtlingslagers vermittelt. Nach einiger Zeit konnte er zu den gleichen Bedingungen wie das übrige Lehrpersonal arbeiten.

Abgelehnter Asylantrag

Nach etwa einem Jahr wurde der Asylantrag von Ferry und seiner Frau abgelehnt. Gegen diese Entscheidung legten sie Berufung ein und verließen das Lager, um in einer großen Stadt einen besseren Job zu finden. Sie kamen nach Malmö. Dort freundeten sie sich mit Menschen aus der bei ihrer Wohnung gelegenen Kirche an und kontaktierten die iranisch-schwedische Kulturvereinigung. Der Pfarrer der Kirche vermittelte Ferry einige Jobs.

Abtauchen

Ihr Antrag auf politisches Asyl wurde erneut abgelehnt. Um der Abschiebung in den Iran zu entgehen, tauchten sie ab.

Ferry sagt, „all meine Hoffnungen, mehr Stunden pro Woche zu arbeiten, wurden zerstört. Ich hatte gedacht, nach der Gewährung des politischen Asyls mehr Stunden für die Gemeinde arbeiten zu können. Das Luftschloss, das ich mir in meinen Träumen gebaut hatte, fiel in sich zusammen“.

Drei Jahre später

Ferry und seine Frau konnten sich mit Hilfe verschiedener NRO durchbringen. Einige dieser NRO waren auf die Hilfe für Flüchtlinge spezialisiert, die vor den Behörden untergetaucht waren. Ferry bekam einen neuen Anwalt, der von einer NRO bezahlt wurde, und nach drei Jahren wurde ihm und seiner Frau schließlich doch noch politisches Asyl gewährt. Die Erfahrungen dieser drei Jahre machten es Ferry schwer, zu arbeiten oder sich fortzubilden.

Heutige Situation

Ferry nimmt an einer Entwicklungspartnerschaft namens „Ganzheitliche Arbeit – eine Möglichkeit für ausgegrenzte Gruppen, Zugang zu Ausbildung, Bildung und Arbeit zu bekommen“ teil. Ziel dieser Partnerschaft ist es, neue Wege der Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen, dem privaten und dem NRO-Sektor zu finden, um Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen. Erreicht wird dieses Ziel durch die Arbeit mit NRO, die Organisationen der Betroffenen sind bzw. mit ausgegrenzten Menschen zusammenarbeiten.

Ferry sagt, „ich bin jetzt bei der Gemeinde angestellt, für die ich schon früher gearbeitet habe, und die Gemeinde erhält einen Ausgleich, nämlich den so genannten ‚lönebidrag‘, der eine Leistung für Menschen mit Behinderungen ist. Mein Ziel, wirtschaftlich vollständig von den Behörden unabhängig zu sein, habe ich noch nicht erreicht. Ich leide immer noch unter den Traumata der Vergangenheit und dadurch ist meine Arbeitsfähigkeit weiterhin eingeschränkt. Ich hoffe jedoch, eines Tages mein Ziel zu erreichen und die Freiheit zu erlangen, über mein eigenes Leben zu entscheiden“.

NATIONALER KONTEXT

Die schwedische Beschäftigungspolitik

Die schwedische Beschäftigungspolitik konzentriert sich auf die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Sie ist eng mit Bemühungen verknüpft, gute Bedingungen für die Schaffung neuer Jobs auf dem freien Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das langfristige Ziel heißt Vollbeschäftigung. Die Regierung hat zahlreiche Initiativen gestartet, die es Arbeitslosen ermöglichen, an Aktivitäten teilzunehmen, Arbeitserfahrung zu sammeln und verschiedene Bildungsprogramme zu belegen.

Zwei Beispiele für Arbeitsmarktmaßnahmen aus der Geschichte von Ferry:

- Politische Flüchtlinge

Politische Flüchtlinge haben das Recht, sich einen Job auf dem freien Arbeitsmarkt zu suchen, wenn sich das Verfahren bezüglich des politischen Asyls mehr als vier Monate hinzieht. Ferry wurde über dieses Recht informiert, als er politisches Asyl beantragte.

- Lohnzuschuss für Menschen mit Behinderungen (lönebidrag)

Der Arbeitgeber erhält einen wirtschaftlichen Ausgleich, wenn er eine Person mit einer Behinderung beschäftigt. Die Gemeinde, für die Ferry heute arbeitet, erhält vorläufig diesen Ausgleich. Der Beschäftigte ist zu den gleichen Bedingungen angestellt wie jeder andere auch. Der Ausgleich wird jedes Jahr neu ausgehandelt und kann maximal vier Jahre lang gewährt werden.

DIE WICHTIGSTEN GESICHTSPUNKTE

- Kampf gegen die Diskriminierung von Flüchtlingen

Auch wenn die formalen Rechte und Pflichten adäquat erscheinen mögen, so müssen sie doch durch Zusammenarbeit zwischen den Behörden und dem einzelnen Asylsuchenden in die Praxis umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang hat der Asylsuchende eine sehr schwache Position. Solange ein Mensch alleine dasteht, ist er sehr verletzlich. Die Geschichte von Ferry verdeutlicht, wie nötig die Unterstützung seitens nicht staatlicher Organisationen ist. Da in der Gesellschaft Diskriminierung und Rassismus bestehen, ist dieser Aspekt besonders wichtig. Es geht hierbei um die Stärkung von Handlungskompetenzen (empowerment) als wesentlicher Bestandteil im Kampf gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung.

- Konstruktive Maßnahmen

Konstruktive politische Maßnahmen müssen der individuellen Situation des Einzelnen angepasst werden. Der Fall von Ferry zeigt, dass NRO einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung relevanter Arbeitsmöglichkeiten leisten könnten, wobei sie einen sozialen Kontext bieten, in dessen Rahmen der Flüchtling Unterstützung und Ermutigung erfährt.

- Echte Unterstützung seitens einer gut funktionierenden NRO

Die Geschichte von Ferry zeigt, wie verletzlich ein neu angekommener Flüchtling ist. Die schwedischen Gesetze gewähren Asylsuchenden und Einwanderern zahlreiche Rechte. Es ist jedoch Hilfe nötig, um „das System zu verstehen“. Der Kontakt zu den Behörden reicht nicht aus. Er muss durch Hilfe vervollständigt werden, die speziell die Sicht der Betroffenen berücksichtigt.

- Mittel für NRO

Ferry und seine Familie sind Christen. Seine Frau ist Armenierin. Die Kirche der armenischen Christen ist in Schweden präsent, verfügt jedoch über sehr geringe Mittel. Ferry hatte Glück, dass er auf „Freunde“ traf, die ihm halfen. Dieses Glück haben nur wenige. Es sollte eine Strategie zur Einbeziehung der NRO entwickelt werden, und diese Organisationen wiederum sollten mit den für ihre Arbeit nötigen Mitteln ausgestattet werden.

- Engere Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den NRO muss verstärkt werden.

- Ein wirklicher Dialog

Ferry trägt zur Arbeit und Existenz der NRO bei, zu der er Kontakt hatte, und erhält auch gleichzeitig Hilfe von ihr. Es handelt sich um einen Dialog, bei dem beide Seiten Akteure sind. Dies ist ein wesentlicher Faktor, damit ein Mensch, der Diskriminierung und Unterdrückung erfahren hat, wieder Selbstvertrauen entwickeln kann. Außerdem ist dies für die Stärkung der Handlungskompetenzen (empowerment) von Randgruppen und Einzelpersonen von großer Bedeutung, sodass eine integrative Gesellschaft entstehen kann.

EAPN SCHWEDEN



Armut infolge einer Leistungskürzung

Die Geschichte von Anja



Anja ist 48 Jahre alt, geschieden und Mutter von zwei erwachsenen Söhnen, die mittlerweile ausgezogen sind. Sie hat Rückenprobleme, leidet unter Angstzuständen und hat seit fünf Jahren keinen regulären Arbeitsplatz mehr gehabt. Anja lebt in Dänemark.

Krankheit und Arbeitslosigkeit

Anja arbeitete in einer Boutique. Sie bekam Rückenprobleme. Nachdem sie längere Zeit krank gewesen war, verlor sie ihren Arbeitsplatz. Anja war über einen gewerkschaftlichen Arbeitslosenfonds gegen Arbeitslosigkeit versichert. Sie kam von Tag zu Tag gerade so über die Runden. Ihr jüngster Sohn lebte damals noch bei ihr, und sie erhielt eine Zusatzhilfe, um die Miete zahlen zu können.

Wohnkosten

Anja hat eine Dreizimmerwohnung. In Dänemark bekommt eine Einzelperson nicht die maximale Hilfe, wenn sie in einer Wohnung lebt, die mehr als zwei Zimmer hat. Die Wohnraumsituation in Kopenhagen ist sehr schwierig. Auf dem freien Markt werden keine billigen Mietwohnungen angeboten. Eine Eigentumswohnung kostet mehr als ein Haus auf dem Land. Anja hat sich um eine billigere Wohnung beworben, da sie nicht mehr über die Runden kommt.

Weiterbildung

Anja hat zahlreiche Design- und Erwachsenenbildungskurse absolviert, um ihre Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz zu verbessern. Ihre Gewerkschaft schickte sie auch auf berufliche Weiterbildung. Anja arbeitete sehr engagiert mit. Die Gewerkschaft vermittelte ihr einen Job in einem anderen Geschäft. Sie wurde jedoch nach sechs Stunden ohne weitere Begründung entlassen.

Gesundheitliche Probleme

Anja hat Rückenprobleme, ihre Lungenkapazität ist um ein Drittel eingeschränkt, und außerdem hat sie eine ängstliche Veranlagung. Sie bekommt Angstzustände, wenn sie ihrer Umwelt entgegentreten muss.

Anja sagt, „ich war schon immer eine ängstliche Person, aber als ich jung war, hielt mich das nie davon ab, einen Job zu finden oder zu behalten“.

Finanzielle Probleme

Nach anderthalb Jahren beruflicher Weiterbildung büßte Anja das Recht auf die monatlichen Zahlungen von ihrer Gewerkschaft ein. Sie wurde an die Sozialhilfe verwiesen. Ihr Einkommen wurde drastisch reduziert. Im ersten Monat blieben ihr, nach Zahlung ihrer gewöhnlichen Rechnungen (Miete, Strom usw.) nur etwa 100 € zum Leben übrig, da bei der Berechnung der Sozialhilfe ein Fehler gemacht worden war. Zur Zeit muss sie von etwa 228 € monatlich leben. Sie erhält 1221 €, und ihre gewöhnlichen Rechnungen belaufen sich auf 993 €. Zusätzlich zu den Kosten für Lebensmittel muss Anja auch noch Ausgaben für Medikamente und Verkehrsmittel bestreiten. Anja ist mittlerweile auf das kostenlose Mittagessen und die gebrauchte Kleidung einer sozialen Einrichtung angewiesen, die ebenfalls versucht, ihr Mut zu machen. Mit der normalen Sozialhilfe konnte Anja gerade so über die Runden kommen. Dann wurde ihr jedoch nach sechs Monaten das Einkommen aufgrund einer Sozialhilfe-Obergrenze um 134 € gekürzt. Die Idee, die hinter dieser Kürzung der Sozialhilfe steckt, ist, Arbeitslose dazu zu bringen, sich so schnell wie möglich eine Arbeit zu suchen.

Anja sagt, „die Kürzung meiner Unterstützung bedeutet, dass ich jetzt in der letzten Woche des Monats nicht genug Geld für Essen habe. Ich kann mir weder einen Physiotherapeuten, noch Versicherungen, einen Fernseher, Telefon, Friseur, Kleidung, Schuhe, Hygieneartikel wie Kosmetika oder ein Deo, Geschenke, Verkehrsmittel, Möbel oder Farbe leisten. Die Dusche ist kaputt, Glühbirnen sind teuer und wegen meiner Rückenprobleme bräuchte ich dringend eine neue Matratze“.

Am Anfang des Monats kauft Anja Lebensmittel, jedoch kein Gemüse oder Obst. Am Ende des Monats kauft sie nur noch Brot. Sie besucht oft ihre Eltern, um ein kostenloses Essen zu bekommen, was sie erniedrigend findet. Anja hat sich auch Geld von ihren Eltern geliehen. Eine neue Brille, Zeitschriften oder Zeitungen sind undenkbar. Anja kann sich auch keine Vitamintabletten leisten. Alle sechs Monate muss sie wegen ihrer Parodontose zum Zahnarzt.

Anja hat auch Probleme mit ihren mittlerweile erwachsenen Kindern. Sie haben kein Verständnis für ihre Situation und fragen sie, warum sie sich nicht einfach einen Job sucht. Ihre Söhne verstehen nicht, dass Anja krank ist, schlecht ausgebildet und fast 50 Jahre alt.

Anja hat einen Hund. Die Tierarztrechnungen übernimmt ihre Mutter. Der Hund bekommt natürlich nur das billigste Hundefutter und Reste. „Den Hund werde ich nicht abschaffen“, sagt Anja.

Anja ist mittlerweile so sehr damit beschäftigt, ihren Alltag zu organisieren, dass sie nicht einmal erwähnt, dass sie ihre Familie oder Freunde nicht zum Essen einladen, ins Kino gehen

oder in Urlaub fahren kann. Als sie das letzte Mal Gäste anlässlich ihres Geburtstags eingeladen hatte, bezahlte jeder der Eingeladenen für sich selbst.

Anja sagt, „ich kann keine Kontakte pflegen. Mein Selbstvertrauen ist am Ende, da ich mich jeden Tag vor dem nächsten Morgen fürchten muss“.

NATIONALER KONTEXT

Arbeit muss sich lohnen

Der wirtschaftliche Anreiz ist Bestandteil der europäischen Arbeitsmarktpolitik („Arbeit muss sich lohnen“). Diese Strategie ist in Dänemark weit verbreitet. Die Idee lautet, Sozialhilfe auf ein Niveau zu kürzen, das Arbeitslose den Anreiz spüren lässt, sich einen Job zu suchen, da sie auf dem Arbeitsmarkt ein höheres Einkommen als mit den gekürzten Leistungen erzielen können. Die verletzlichsten und am stärksten marginalisierten Gruppen zahlen für diese allgemeine Strategie einen hohen Preis. Ihre gesamte Lebenssituation hängt sehr stark von der Sozialhilfe ab. Kürzungen der Sozialhilfe treffen Menschen am unteren Ende der Einkommenspyramide am stärksten. Den schwächsten Gruppen droht die Armut. Aufgrund ihres eingeschränkten Lebensstandards können sie sich die Teilhabe am normalen gesellschaftlichen Leben nicht leisten. Für sie bedeutet ‚Arbeit muss sich lohnen‘ lediglich Armut und Demütigung.

Leistungskürzungen

Die Berechtigungskriterien für Sozialhilfe wurden verschärft. Die Sozialhilfe selbst wurde gekürzt. Seit dem Jahr 2004 wurde der Gesamtbetrag, den Arbeitslose als Sozialhilfe und Wohngeld erhalten können, gekürzt. Die Obergrenze tritt in Kraft, nachdem man sechs Monate lang Sozialhilfe erhalten hat. Sie kann eine monatliche Kürzung von 1000 bis 2700 dänischen Kronen pro Familie bedeuten (zwischen 134 € und 362 €).

Eingeschränkte Sozialleistungen für Einwanderer

‚Starthilfe‘ heißt die Sozialleistung, die Menschen erhalten, die sieben der letzten acht Jahre nicht in Dänemark gelebt haben. Für eine Einzelperson liegt die ‚Starthilfe‘ um 35 % niedriger als die normale Sozialhilfe. Dahinter steht der Zweck, Menschen dazu zu bringen, sich so schnell wie möglich eine Arbeit zu suchen. Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass eine erfolgreiche Jobsuche eher von Qualifikationen, Mitteln, Fähigkeiten und Netzwerken abhängt als von gekürzten Leistungen.

Forschungsergebnisse

Im Jahr 2005 untersuchte das dänische Sozialforschungsinstitut die Auswirkungen der Obergrenze. Die Studie ergab, dass die Leistungsbergrenze keine Auswirkung auf die Beschäftigungssituation der 18 000 betroffenen Familien im Vergleich zu den nicht betroffenen Familien hatte. Die Obergrenze führte zu keiner stärkeren aktiven Arbeitsuche.

Wer sind die Leidtragenden?

Bei den von der Obergrenze betroffenen Familien:

- hatten sehr viele zusätzlich zu ihrer Arbeitslosigkeit noch soziale Probleme
- hatten mehr als 50 % noch nie eine richtige Arbeit gehabt
- hatten nur 10 % innerhalb des letzten Jahres eine Arbeit gehabt
- hatten 60 % keinerlei berufliche Bildung
- waren 75 % Einwanderer oder Flüchtlinge
- hatte ein Drittel große Probleme mit der dänischen Sprache
- hatten sehr viele gesundheitliche Probleme.

Die Obergrenze führt zu Armut

Die einzige klare Auswirkung der Obergrenze lag in einer Einschränkung der Verbraucherausgaben. Wer von der Obergrenze betroffen war, hatte es zunehmend schwer, über die Runden zu kommen:

- 12 % konnten ihre Miete nicht mehr zahlen
- 6 % hatten kein Geld mehr für die Kinderbetreuung
- 12 % konnten keine Zinsen und Tilgungen für Kredite mehr zahlen
- 13 % konnten ihre Strom-, Wasser-, Gas- oder Telefonrechnungen nicht mehr bezahlen
- 32 % konnten sich keine Schuhe mehr leisten
- 50 % sparten den Besuch beim Zahnarzt ein
- 13 % waren in eine billigere Wohnung umgezogen
- 65 % verzichteten auf Urlaub

EAPN DÄNEMARK



Das schwere Leben einer schwer arbeitenden Frau

Die Geschichte von Maria



Maria ist 39 Jahre alt, verheiratet und hat eine Tochter. Sie hatte schon viele unsichere und schlecht bezahlte Jobs und war auch schon arbeitslos. Maria ist die Hauptnährerin ihrer Familie. Sie lebt in Portugal.

Mit elf Jahren begann Maria auf der Kiefernplantage zu arbeiten, auf der sie mit ihren Eltern lebte. Später arbeitete sie auf einem Bauernhof, wo sie Weinreben pflegte.

Maria sagt, „ich ging nur vier Jahre zur Schule. Mir ist klar, hätte ich mehr gelernt, dann hätte ich wahrscheinlich auch einen besseren Job“.

Unsichere Arbeit

Mit zwanzig Jahren lernte sie ihren Ehemann kennen und heiratete ihn. Die Arbeit der beiden auf dem Bauernhof war saisonabhängig. Im Winter waren sie beide arbeitslos. Sie beschlossen, nach Lissabon zu ziehen. Maria wollte in einem Supermarkt arbeiten und ihr Mann als Bauarbeiter.

Familiäre Probleme

Maria bekam eine Tochter. Mit ihrem Mann hatte sie schon länger Eheprobleme, die sich jetzt verschärften. Ihr Mann hatte häufig keine Lust zu arbeiten und behielt einen Job nie für längere Zeit. Er war länger ohne Arbeit als mit und sprang von einem ins andere. Aufgrund dieser Schwierigkeiten gab Maria ihre neun Monate alte Tochter in die Obhut des Großvaters, der in Coimbra lebte. Die Trennung von ihrer Tochter konnte sie jedoch nicht ertragen. Maria und ihr Mann zogen deshalb von Lissabon nach Coimbra. Sie bekam einen Job bei einer Reinigungsfirma. Die Bezahlung war jedoch sehr schlecht. Das Geld reichte kaum zum Leben aus, und Maria beschloss deshalb, zu kündigen.

Als Nächstes arbeitete sie in einem Restaurant, wo sie insgesamt 12 Jahre lang angestellt war. Die Lage besserte sich, und Maria nahm einen Kredit für den Kauf eines Hauses auf. Ihr Mann verlor dann wieder seine Arbeit, und sie konnten die Raten nicht zurückzahlen. Das Haus ging an die Bank. Maria und ihr Mann leben jetzt in einer gemieteten Unterkunft.

Maria sagt, „mein Mann war arbeitslos. Mein Einkommen war gering und lag nur wenig über dem nationalen Mindestlohn. Ich konnte mir einfach nicht die Dinge leisten, die ich benötigte. Nachdem die monatliche Miete von 150 € und die Kosten für Verkehrs- und Lebensmittel bezahlt waren, blieb fast nichts mehr übrig. Ich kam und komme nur mit Hilfe meiner Familie über die Runden“.

Arbeitslosigkeit und ein neuer Anfang

Marias Situation verschlechterte sich, als ihr Vater erkrankte, und wurde dann noch schwieriger, als sie ihre Arbeit verlor. Sie suchte bei der Sozialversicherung Hilfe. Maria wurde das garantierte Mindesteinkommen gewährt. Für Empfänger des garantierten Mindesteinkommens gibt es Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme. Maria wurde einem Programm des Stadtrats zugeteilt. Das Programm, das Maria half, bestand aus mindestens 250 Stunden Fortbildung und einer zwölfmonatigen Tätigkeit im sozialen Bereich, wobei die Möglichkeit einer Verlängerung von maximal sechs Monaten bestand. Die meisten Teilnehmenden, die den gleichen Fortbildungskurs wie Maria besucht hatten, fanden keine Arbeit. Maria jedoch hatte Glück. Sie bekam einen sicheren Job. Ausschlaggebend waren ihr Einsatz und ihr brennender Wunsch, es im Leben zu etwas zu bringen. Seit dem Jahr 2001 arbeitet Maria für den Stadtrat. Ihre Lebensqualität hat sich verbessert, doch ist ihr Familieneinkommen immer noch sehr gering.

Maria sagt, „ich schämte mich, dass ich um Hilfe bitten musste und das garantierte Mindesteinkommen bezog. Ich wollte immer arbeiten, und ich fühle mich gern nützlich“.

Erfahrungen teilen

Maria nahm in Brüssel am zweiten und dritten europäischen Treffen von Menschen, die von Armut betroffen sind, teil. Es waren Marias erste und einzige Reisen ins Ausland.

Maria sagt, „das war eine tolle Erfahrung. In Brüssel traf ich Menschen, die sich in der gleichen – oder in einer noch schlimmeren - Lage wie ich befanden. Dort waren Leute, die auf der Straße lebten. Wenn ich meinen Job beim Stadtrat verlieren würde, könnte mir das auch drohen“.

NATIONALER KONTEXT UND WICHTIGSTE GESICHTSPUNKTE

Verschärfung der Ungleichheiten

Durch die Globalisierung kommt es in der Struktur der portugiesischen Gesellschaft zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheiten. Die Folge sind höhere Armut und eine größere soziale Ausgrenzung.

Wirtschaftliche und soziale Armut

Armut ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem. Sie ist eine komplexe Realität. Zu Armut gehören der Zerfall von Familien, fehlende Qualifikationen, Schwierigkeiten bei der Arbeitsuche, Probleme beim Zugang zu Fortbildung und sogar Probleme bei der Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben eines Landes. Menschen, die unterhalb eines gewissen Einkommensniveaus leben, können keinen akzeptablen Lebensstandard mehr erreichen. Sie haben keinen Zugang zu den sozialen Rechten, die ihnen zustehen.

Von einer Generation zur nächsten

Maria war sehr jung, als sie anfang, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Ihr Leben war von Anfang an schwer. Diese Schwierigkeiten werden von einer Generation an die nächste weitergegeben. Maria verdient immer noch zu wenig, um ihre grundlegenden und wesentlichen Bedürfnisse zu decken.

Unsichere Arbeit

Maria arbeitet schwer und möchte ihr Leben unbedingt verbessern. Sie ist jedoch von unsicheren Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen und fehlenden Qualifikationen betroffen.

Ein Teufelskreis

Fehlende Bildung und Armut bilden einen Teufelskreis. Die Menschen sind von Armut betroffen, da sie nicht in sich selbst investieren können. Ein niedriges Bildungsniveau und fehlendes Wissen um die Bürgerrechte machen einen Menschen für Armut und soziale Ausgrenzung anfälliger.

EAPN PORTUGAL



Ohne Land und ohne Arbeit

Die Geschichte von Julian



Julian ist 35 Jahre alt, verheiratet und hat für drei Kinder zu sorgen. Früher arbeitete er als Fahrer, seit zwei Jahren ist er jedoch arbeitslos. Julian ist Roma und lebt in Bulgarien.

Nach dem Wehrdienst arbeitete Julian als Fahrer. Sein Lohn betrug lediglich 120 Lew (62 €). Bei diesem geringen Einkommen fiel es Julian schwer, seine Rechnungen zu bezahlen und für seine drei Kinder zu sorgen.

Julian sagt, „ich möchte meinen Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen. Ohne Bildung finden sie keine gute Arbeit“.

Arbeitslosigkeit

Vor zwei Jahren, als Julian seine Arbeit verlor, verschlechterte sich die Lage. Arbeitslosenunterstützung wurde ihm nur sechs Monate lang gewährt. Dann musste er bei der Kommune Sozialhilfe beantragen. Er erhält lediglich 40 Lew (21 €) monatlich.

Julian sagt, „die Preise sind in Bulgarien genauso hoch wie in anderen europäischen Ländern, doch Löhne und Sozialleistungen sind viel geringer. Es fällt mir schwer, mich als Europäer zu fühlen“.

Blick zurück

Julian vergleicht ständig die Vergangenheit unter dem Sozialismus mit der Gegenwart.

Er sagt, „es ist gut, dass wir eine Demokratie haben, doch sind die Löhne zu niedrig, um ein normales Leben führen zu können – um für Bücher für die Kinder, für Lebensmittel und Bildung zahlen zu können. Am schlimmsten ist, dass viele Menschen ihre Arbeit verloren haben. Zu Beginn der Übergangszeit hatten die Menschen noch Rücklagen aus sozialistischen Tagen, doch jetzt ist alles aufgebraucht und verkauft.“

Ich würde sogar als Straßenkehrer arbeiten. Ich möchte lediglich genug Geld haben, um ein normales Leben führen zu können“.

Ohne Land und ohne Arbeit

In Julians Dorf geht es nur den Leuten gut, die Land zurückbekamen. Die Rückgabe fand Anfang der 1990er-Jahre statt. Die Menschen bekamen das Land zurück, das ihnen in den 1950er-Jahren aufgrund der sozialistischen Kooperations-Idee genommen worden war. Es gibt jedoch nur wenige Landbesitzer. Die übrigen Menschen, vor allem die Roma, haben kein Land. Den Familien, bei denen mindestens ein Familienmitglied arbeitet, geht es ebenfalls besser. Die übrigen Familien, bei denen alle Mitglieder arbeitslos sind, sind von Sozialhilfe abhängig. Ihr Leben ist sehr schwer.

Julian sagt, „mehr als 30 % der Leute in meinem Dorf sind von Sozialhilfe abhängig. In einigen Familien unterstützen Eltern, die in Rente sind, ihre arbeitslosen Kinder. Meine Eltern sind Rentner und beziehen kleine, jedoch regelmäßige Renten. Ich habe einen Bruder, der auch arbeitslos ist. Meine Eltern unterstützen uns beide“.

Das Leben der Kinder

Mehrere Monate im Jahr gehen Julians Kinder nicht zur Schule. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Sie haben nichts zu essen. Sie können sich keine Bücher, Kleidung und Schuhe leisten. Sie nutzen die Zeit, um etwas Geld zu verdienen. Sie sehen keinen Sinn in Bildung, da Bildung ihren Eltern auch nicht zu einem besseren Leben verholfen hat. Julians älteste Tochter möchte nach Deutschland oder Norwegen gehen. Dort könnte sie mehr Geld als Putzfrau verdienen. In Bulgarien ist selbst eine gute Ausbildung keine Garantie dafür, dass man eine Arbeit findet und genug verdient. Julian ist unglücklich, weil er nicht weiß, was seine Kinder machen und wo sie hingehen. Er ist so sehr damit beschäftigt, genügend Geld für den Lebensunterhalt aufzutreiben, dass er nicht mehr die Zeit hat, sich um seine Kinder zu kümmern. Als er noch Arbeit hatte, war die Familie wesentlich glücklicher.

Julian sagt, „einige von Armut betroffene Arbeitslose zwingen ihre Kinder zu stehlen. Man sieht auch viele Kinder, die den Müll nach Essen durchsuchen. Auf den Straßen betteln Roma-Kinder um Geld, doch die Leute gehen einfach vorbei“.

Julian sagt, „es gibt viele gut ausgebildete junge Menschen ohne Arbeit. Bulgarische Arbeitgeber haben keine Achtung vor Menschen mit Qualifikationen und Fähigkeiten. Sie zahlen einfach nur den Mindestlohn“.

Auf Arbeitssuche

Die Roma sind bei den Begegnungen mit Arbeitgebern häufig Diskriminierung ausgesetzt. Vor kurzem sagte ein Arbeitgeber Julian ins Gesicht, dass er ihm keinen Job geben werde, weil er Roma sei. Julian vermutet, dass sein Dialekt anders ist und dass Arbeitgeber ihn als Roma erkennen, auch wenn er dies nicht sagt.

Julian sagt, „wenn man einen Job sucht, fragt der Arbeitgeber, was man bisher gemacht hat. Für wen haben Sie gearbeitet? Und für wie lange? Er fragt jedoch nicht, was für Fähigkeiten man besitzt. Manchmal wird einem auch gesagt, dass man probeweise ein oder zwei Monate ohne Bezahlung arbeiten soll. Zur Zeit machen einige türkische Schneidereien auf. Die tägliche Arbeitszeit beträgt jedoch 15 bis 16 Stunden, und die Bezahlung ist alles andere als sicher“.

Das Leben als Roma

Julian ist der Ansicht, dass in der bulgarischen Gesellschaft eine weitverbreitete Diskriminierung vorherrscht.

Er sagt, „die Ärzte wollen Roma nicht in den Kliniken haben – sie halten uns für dreckig. Ein Polizist gab den Leuten im staatlichen Fernsehen den Rat, vorsichtig zu sein und die Polizei zu rufen, wenn sie einen Roma sehen. Dies führt zu enormen Spannungen im Land“.

Regelungen, die das Leben erschweren

Julian wurde bestohlen und büßte dabei seinen Personalausweis ein. Ein neuer Personalausweis kostet 20 Lew (10 €). Man bekommt ihn nach einem Monat. Um Sozialhilfe zu erhalten, muss Julian sich jede Woche beim Arbeitsamt melden. Die Frau vom Arbeitsamt verweigerte ihm aber die Meldung, da er keinen Ausweis hatte. Ohne diese Meldung könnte er das Anrecht auf Sozialhilfe für ein Jahr verlieren. Seine Frau versäumte einmal, sich rechtzeitig zu melden und wird jetzt dafür bestraft, indem sie einige Zeit lang keine Sozialhilfe erhält.

Gefangen in der Armutsfalle

Das neue Sozialhilfegesetz sorgt für viele Probleme. Wenn zum Beispiel ein Elternteil arbeitslos ist, kann es Unterstützung für die Kinder geben (Kindergeld). Ohne eine Meldung beim Arbeitsamt gibt es jedoch kein Kindergeld. Wenn die Eltern gearbeitet haben und dann arbeitslos werden, müssen sie erst auf sechs Meldungen kommen, bevor sie wieder das Kindergeld beziehen können. Dies dauert alles sehr lange. In der Zwischenzeit ist kein Geld vorhanden, und das Kind hat nichts zu essen. Wenn ein Erwachsener den Mindestlohn mit der Sozialhilfe erreicht, hat er keinen Anspruch auf Kindergeld für all seine Kinder.

NATIONALER KONTEXT

Die Übergangszeit und Armut

In der Übergangszeit, also den Jahren nach 1989, machte Bulgarien eine schwere Wirtschaftskrise durch. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um 30 %. Die Löhne sanken um etwa 70 %, und die Ungleichheiten nahmen zu. Die Grundeinkommen, der Mindest- und Durchschnittslohn, die Mindest- und Durchschnittsrente, Sozialhilfeleistungen, Arbeitslosenunterstützungen, das Kindergeld usw. fielen allesamt unter die absolute Armutsgrenze. Das Lohnniveau ist das niedrigste

te in Europa. Seit dem Jahr 2000 hat das BIP wieder leicht aufgeholt, doch die Lebensqualität großer Teile der Bevölkerung verschlechtert sich nach wie vor.

Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit

Die wirtschaftliche Neuordnung, die massive Deindustrialisierung, Privatisierungen und Landwirtschaftsreformen haben zu hohen Arbeitslosenquoten und der Zerschlagung der sozialen Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geführt. Niedrige Löhne und die hohe Langzeitarbeitslosigkeit sind die Hauptgründe für Armut. Seit dem Jahr 2001 wurden zwei verschiedene Programme gegen Arbeitslosigkeit eingeführt: Aus- und Weiterbildung für Arbeitslose und finanzielle Unterstützung für Arbeitgeber, damit sie gemeldete Arbeitslose einstellen. Diese Maßnahmen hatten nur eine geringe Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit und boten im günstigsten Falle lediglich provisorische Lösungen.

Die Roma-Minderheit

Die gesellschaftlichen Änderungen in Bulgarien wirkten sich auf die verschiedenen ethnischen Gruppen ganz unterschiedlich aus. Dies gilt vor allem für die Roma-Minderheit. Die Arbeitslosenquote liegt für Bulgaren bei etwa 10 %; bei Türken ist sie dreimal höher und bei den Roma etwa acht mal höher. In einigen Regionen sind 80-90 % der Roma im erwerbsfähigen Alter arbeitslos, die meisten von ihnen mehr als zwei Jahre lang. Andererseits sind die Roma, ohne dass auf die Bedingungen, zu denen sie eingestellt werden und die Art ihrer Jobs geachtet wird, die billigsten Arbeitskräfte des Landes. Für die meisten Roma ist die Sozialhilfe die wichtigste Einkommensquelle. Immer mehr Roma-Kinder besuchen keine Schule. Die Roma befinden sich am unteren Ende der sozialen Skala, und ein Teufelskreis hält sie dort. Hohe Arbeitslosenquoten und Armut erschweren den Zugang zum Bildungssystem. Ein niedriger Bildungsstand wiederum bedeutet eingeschränkte Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Armut der Roma-Bevölkerung führt zu sozialer Ausgrenzung, einer sozialen Stigmatisierung, Kriminalität und ethnischen Konflikten.

DIE WICHTIGSTEN GESICHTSPUNKTE

○ Kampf gegen die Diskriminierung

Notwendig sind konstruktive politische Maßnahmen, um die Eingliederung der Roma-Minderheit zu unterstützen. Ferner sind dringend Maßnahmen erforderlich, um die Ausgrenzung der Roma-Kinder von Grund- und weiterführender Schulbildung anzugehen.

○ Sozialhilfemaßnahmen

Die Roma-Minderheit ist am stärksten von Sozialhilfe abhängig. Entscheidungen auf diesem Gebiet sollten hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Roma-Minderheit sorgfältig abgewogen werden.

- **Teilhabe**

Notwendig ist ein spezielles Programm für eine größere Teilhabe der Roma-Vertretung auf breiter kommunaler Ebene, insbesondere bei lokalen Regierungen und im Strafgerichtsbarkeitssystem. Dadurch könnten die Konflikte zwischen der Roma-Minderheit und den genannten Institutionen eingedämmt werden.
- **Unabhängige Überwachung und Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit**

Die aktuellen Spezialprojekte für eine bessere soziale Eingliederung der Roma-Minderheit funktionieren nicht. Die Situation der Roma-Minderheit wird immer schlechter, und die ethnischen Konflikte nehmen zu. Die Effizienz von Projekten ließe sich durch eine unabhängige Überwachung und die Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit erhöhen.
- **Kampf gegen Armut**

Das Grundproblem der bulgarischen Übergangszeit ist die weitverbreitete Armut, und zwar sowohl bei den Menschen, die zu Niedriglöhnen beschäftigt werden, als auch bei den Arbeitslosen, die nur geringe soziale Unterstützung erhalten. Solange diese Situation vorherrscht, werden Maßnahmen gegen Diskriminierung nicht greifen.

EAPN BULGARIEN



Fröhliche Weihnachten! Wir stellen Ihre Leistungszahlungen ein!

Die Geschichte von Joanne



Joanne, eine allein lebende Mitvierzigerin, hat Rückenprobleme und ist arbeitslos. Sie lebt im Vereinigten Königreich.

Vier Tage vor Weihnachten 2004

Joannes Leistungszahlung (die Job Seekers Allowance für Arbeitslose) wurde eingestellt. In einem Schreiben vom Ministerium für Arbeit und Renten wurde ihr mitgeteilt, dass sie neun Wochen lang keine Leistungen erhalten werde. Als Grund dafür wurde angegeben, dass sie es einmal versäumt hatte, sich um einen Job zu bewerben, den ihr das Arbeitsamt genannt hatte.

Joanne sagt, „ich wollte wirklich Arbeit finden. In den vorangegangenen Monaten hatte ich mich auf mehr als 50 Stellen beworben. Ich hatte mich immer um die Jobs beworben, die mir das Arbeitsamt genannt hatte. Außerdem bewarb ich mich auf Stellenanzeigen, die ich in den lokalen Zeitungen fand“.

Joanne vergaß jedoch, sich um diesen einen Job zu bewerben, und sollte dafür in der Weihnachtszeit mit neun Wochen ohne Geld bestraft werden. Joanne suchte beim Derbyshire Unemployed Workers' Centre Hilfe. Bob, ein Sachbearbeiter des Centres, nahm sich ihres Falles an. Er half ihr dabei, eine Überprüfung der Zahlungseinstellung zu beantragen. Außerdem sorgte er dafür, dass Joanne eine spezielle Härtefallzahlung beantragen konnte.

Drei Tage vor Weihnachten

Joanne erfuhr, dass sie für die ersten zwei Wochen keine Härtefallzahlung erhalten werde, da sie nicht zu einer ‚verletzlichen‘ Gruppe gezählt werde. Sie erhielt lediglich 34 € als Härtefallzahlung für die restliche Zeit, für die ihre Zahlungen eingestellt waren. Bob machte Joannes Fall dann an höherer Stelle des Ministeriums für Arbeit und Renten bekannt und informierte auch das für ihren Wahlkreis zuständige Parlamentsmitglied. An diesem Nachmittag drei Tage vor Weihnachten wurde Joannes Fall überprüft.

Zwei Tage vor Weihnachten

Joanne erfuhr, dass ihre Leistungszahlungen aufgrund der Überprüfung ihres Falles für sechs anstatt für neun Wochen eingestellt würden. Bob half Joanne, gegen diese Entscheidung Einspruch einzulegen.

Weihnachten - und Joanne hat kein Geld

„Ich fühlte mich schrecklich. Es war ein totaler Schock. Ich wusste nicht, wie ich klar kommen sollte. Ich hatte keine Ersparnisse, und die Leistungszahlungen waren mein einziges Einkommen. Während der Weihnachtsfeiertage hatte ich kein Geld für Essen oder die Heizung. Ich weiß nicht, wie ich das überstanden hätte, wenn nicht Verwandte eingesprungen wären“.

2005 – Der Einspruch

Im neuen Jahr bereiteten Joanne und Bob den Gang vor ein Berufungsgericht vor. Sie stellten Nachweise über 47 weitere Jobs zusammen, auf die sich Joanne zwischen August und Dezember zusätzlich zu den vom Ministerium für Arbeit und Renten genannten Jobs beworben hatte. Aus diesen Nachweisen ging hervor, dass Joanne sich wirklich um Arbeit bemühte und dass es unfair war, ihre Leistungszahlungen einzustellen.

Februar 2005 – Das Gericht unterstützt Joanne

Joanne und Bob wohnten der gerichtlichen Anhörung bei und konnten eindrucksvoll belegen, dass Joannes Leistungszahlungen nicht hätten eingestellt werden dürfen. Das Gericht schloss sich dieser Meinung an und gestand Joanne rückwirkend 308 € zu. Dass Joanne über die Weihnachtsfeiertage ohne Geld dagestanden hatte, war eine Strafe des Sozialleistungssystems gewesen. Sie hatte sich nachweislich um Arbeit bemüht und mit dem Ministerium für Arbeit und Renten kooperiert, doch hatte ein einziger Fehler ausgereicht, um diese Strafe nach sich zu ziehen. Sanktionen bei den Leistungszahlungen sind dafür gedacht, das Verhalten eines Empfängers zu ändern. Es bestand jedoch keinerlei Grund, Joanne zu bestrafen. Das System ist unflexibel, und wenn es erst einmal in Gang gesetzt wurde, kann es nicht mehr angehalten werden.

NATIONALER KONTEXT

Regierungspolitik

Die Regierung des Vereinigten Königreichs entwickelt jegliche Diskussion über Sozialleistungen in Hinblick auf ‚Rechte‘ und ‚Pflichten‘. Das Argument, Empfänger sollten bestimmte Verpflichtungen erfüllen, um ein Anrecht auf Leistungen zu erhalten, hört sich zunächst vernünftig an. In Wirklichkeit aber dient es als Deckmantel für Maßnahmen, die die Bedingungen für einen Leistungsanspruch stark verschärfen. Zuvor musste ein Empfänger lediglich für ‚Arbeit zur Verfügung stehen‘. Das Arbeitslosengesetz von 1995 und seine Bestimmungen verlangen jetzt aber, dass sich ein Empfänger der Arbeitslosenhilfe Jobseekers Allowance aktiv um Arbeit bemühen und ar-

beitsfähig sein muss. Der Arbeitsuchende muss eine vom Ministerium für Arbeit und Renten festgesetzte ‚Vereinbarung‘ unterzeichnen. Dabei handelt es sich nicht um eine freiwillige Vereinbarung, denn über dem Empfänger schwebt die Drohung der Leistungseinstellung. Die Regierung behauptet, sich für die Ausmerzung der sozialen Ausgrenzung einzusetzen. Sie hat auf europäischer Ebene Strategien unterstützt und im Vereinigten Königreich eine spezielle Einheit gegen soziale Ausgrenzung aufgebaut. Ihre Sozialleistungspolitik steht jedoch in Widerspruch zu diesen Maßnahmen.

Menschen werden in die Armut getrieben

Joannes Fall ist ein Beispiel für eine gängige Situation. Hilfsorganisationen für Empfänger, Arbeitslosenzentren, Bürger-Beratungsbüros und weitere Beratungsstellen melden Tausende von Fällen, bei denen Empfängern übertriebene Bedingungen auferlegt werden und auch Tausende von Fällen, bei denen die Zahlung von Sozialleistungen eingestellt wurde. Solche Maßnahmen treiben Menschen zunehmend in die Armut, Unsicherheit, Kriminalität und ‚Schattenwirtschaft‘. Das Niveau der Sozialleistungen ist zu gering, um einen annehmbaren Lebensstandard zu gewährleisten. Von Sozialleistungen zu leben bedeutet, in Armut zu leben. Menschen, die über einen längeren Zeitraum arbeitslos sind, haben körperliche und psychische Probleme, die eine Rückkehr in die Arbeit erschweren. Das Sozialleistungssystem ist zu komplex. Viele Menschen fühlen sich machtlos, wenn sie es mit dem System zu tun bekommen. Der Schwerpunkt liegt zu sehr auf der Betrugsbekämpfung und zu wenig auf der Hilfe für den Empfänger.

DIE WICHTIGSTEN GESICHTSPUNKTE

- Die Regierungspolitik sollte sich auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze konzentrieren und den Langzeitarbeitslosen dabei helfen, die Hindernisse auf dem Rückweg in die Arbeit zu überwinden.
- Die Bedingungen für die Sozialleistungen müssen angemessen, relevant und klar geregelt sein. Es sollte keine Zwänge oder Drohungen geben.
- Sanktionen bei den Sozialleistungen dürfen nur als absolut letztes Mittel eingesetzt werden.
- Eine Erhöhung der Sozialleistungen ist notwendig, um die Empfänger aus Armut und sozialer Ausgrenzung zu befreien.
- Das Sozialleistungssystem sollte einfacher und für die Empfänger leichter zu benutzen sein.
- Die Empfänger müssen Zugang zu einer unabhängigen Beratung haben, insbesondere dann, wenn einem Empfänger die Einstellung der Sozialleistungen droht.

EAPN VEREINIGTES KÖNIGREICH



Rückweg in die Arbeit

Die Geschichte von Frédéric



Der Franzose Frédéric ist 32 Jahre alt. Früher arbeitete er als Texter, doch seit fünf Jahren ist er arbeitslos. Durch Unterstützung und Weiterbildung konnte er einen Job finden.

Frédéric konnte in der Verlagsbranche keine Arbeit finden. Er lebte ausschließlich von dem Geld, das ihm seine Familie ab und zu schickte. Bedingt durch seine Situation litt er unter Angstzuständen, Isolation und Selbstzweifeln. Die staatliche französische Arbeitsagentur ANPE erstellte ihm einen „individuellen Aktionsplan“. In dessen Rahmen bekam er eine Fortbildung bezahlt, „um Körpersprache, äußeres Erscheinungsbild und negative Sprachaspekte zu verbessern“.

Frédéric sagt, „diese Fortbildung ließ mich für einige Zeit meiner Isolation entkommen. Ich traf junge Leute, entwickelte wieder Vertrauen, schlug eine neue Richtung ein, arbeitete an meinem Selbstbild und gewann ein neues Selbstbewusstsein. Nach Jahren der Arbeitslosigkeit hatte sich bei mir einfach das Gefühl eingestellt, kein Ziel zu haben, auf das ich hinarbeiten könnte“.

Unterstützung

Durch diese Fortbildung konnte Frédéric eine kontinuierliche Unterstützung erhalten. Er kontaktierte die NRO „Solidarités Nouvelles face au Chômage“ (SNC). Die SNC vermittelte ihm zwei ehrenamtliche Berater. Sie fanden für Frédéric einen Job (mit Unterkunft) in einer Buch- und Schreibwarenhandlung. Dies erwies sich jedoch als wenig erfolgreich, da Frédéric für den Umgang mit Kundschaft nicht in der Lage war. Als Nächstes beschafften sie ihm Arbeit als Fahrer bei einer Beschäftigungs- und Ausbildungsfirma in der Wäschereibranche. Die SNC zahlte seine Lohnkosten. Frédéric arbeitete zunächst Teilzeit und verdiente sehr wenig. Er erhielt jedoch auch eine Beihilfe für die hohen Kosten seiner unsicheren Unterkunft mit Frühstück. Der Leiter der Wäscherei erkannte schnell, dass Frédéric längere Arbeitszeiten durchhalten könnte, und deshalb gab er ihm einen Vollzeitjob: In den Sommerferien 2004 konnte Frédéric für einen anderen Mitarbeiter einspringen.

Psychologische und finanzielle Hilfe

Frédéric's Berater drängten ihn, psychologische und psychiatrische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Zur Zeit besucht er einmal die Woche ein Spezialzentrum. Seine Berater halfen ihm auch, ein Unterstützungsprogramm für die Rückkehr in die Arbeit zu nutzen. Durch das Programm kann Frédéric mehrere Monate lang, nachdem er einen Job gefunden hat, eine Kombination aus Einkommensunterstützung und dem Mindesteinkommen RMI beanspruchen. Seine Berater halfen ihm auch, seinen Anspruch auf das RMI

zu erneuern und noch aus der Vergangenheit ausstehende Gelder zurückzubekommen. Frédéric konnte seine Schulden zurückzahlen.

Mit Arbeit erfolgreich

Den Sommer über Vollzeit zu arbeiten, gab Frédéric Selbstvertrauen, doch konnte ihm die Wäscherei als festen Job nur eine Halbtagsstelle anbieten. Er begann deshalb, sich nach einer zweiten Halbtagsstelle umzusehen. Eine solche fand er bei einer Anlaufstelle für Flüchtlinge und Asylsuchende. Der Leiter der Wäscherei stellte dann für Frédéric den Kontakt zu einer Recyclingfirma her, die einen Fahrer suchte. Frédéric konnte dort einsetzen, was er durch seine Arbeit für die Wäscherei erworben hatte – gute Kenntnisse des Pariser Straßennetzes. Da zu dem Job auch das Tragen von schwerem Gerät gehörte, musste er sein körperliches Durchhaltevermögen stärken. Es gelang ihm, und er erwies sich als gute Arbeitskraft. Frédéric konnte die Wäscherei verlassen und bei der Recyclingfirma einen Vollzeitjob (39 Wochenstunden) mit einem gewöhnlichen, nicht von der SNC finanzierten Arbeitsvertrag antreten. Im Juni 2005 unterschrieb er einen unbefristeten Vertrag mit seinem neuen Arbeitgeber.

NATIONALER KONTEXT

Die Geschichte von Frédéric verdeutlicht, wie wichtig gute Aktivierungsansätze im Bereich Beschäftigung einschließlich einer Koordinierung der verschiedenen Stellen und Angebote sind:

- **Die staatliche Arbeitsagentur**

Am 1. Januar 2001 wurde von den Sozialpartnern ein Plan für die Rückkehr in die Arbeit vereinbart. Dieser revidierte das System der Arbeitslosenunterstützung und schuf die individuellen Aktionsprogramme, von denen Frédéric profitierte. Der Plan beinhaltet ein umfassendes Unterstützungssystem für Arbeitsuchende. Die am stärksten ausgegrenzten und marginalisierten Menschen haben einen Anspruch auf eine gründliche Überprüfung ihrer Umstände, zu der auch eine Einschätzung und Weiterbildungsmaßnahmen gehören.

- **Eine nicht öffentlich subventionierte NRO** - Solidarités Nouvelles face au Chômage(SNC), die mit jeweils zwei angestellten oder pensionierten ehrenamtlichen Beratern arbeitet, die in lokalen Gruppen zusammengeschlossen sind. In Fällen wie dem von Frédéric werden Mittel bereitgestellt für die befristete Finanzierung der Beschäftigung von Menschen, die im Rahmen eines Jobs mit garantiertem Mindestlohn unterstützt werden. Die Jobs werden von Non-Profit-Organisationen geschaffen. Im geschilderten Fall teilte sich die SNC für die Dauer eines Jahres die Kosten für den Vertrag mit der Beschäftigungs- und Ausbildungsfirma in Höhe von 550 € monatlich – Der Gesamtbeitrag belief sich auf 6600 €.

- **Ein Spezialunternehmen für die Eingliederung von Menschen mit besonderen Problemen.** Im genannten Fall erhielt ein emotional schwer verstörter Mensch schrittweise Hilfe. Das Ergebnis ist, dass Frédéric auf dem freien Arbeitsmarkt einstellbar wurde. Frédéric's Arbeitsstunden wurden seinen Möglichkeiten angeglichen. Dies führte zu einem langfristigen Job, der zu Frédéric's Fähigkeiten und Charaktereigenschaften passt. Diese Art der Flexibilität wurde von den französischen Behörden bisher nicht übernommen. Der Großteil der jüngst geschaffenen unterstützten Jobs beinhaltet feste Wochenarbeitszeiten.

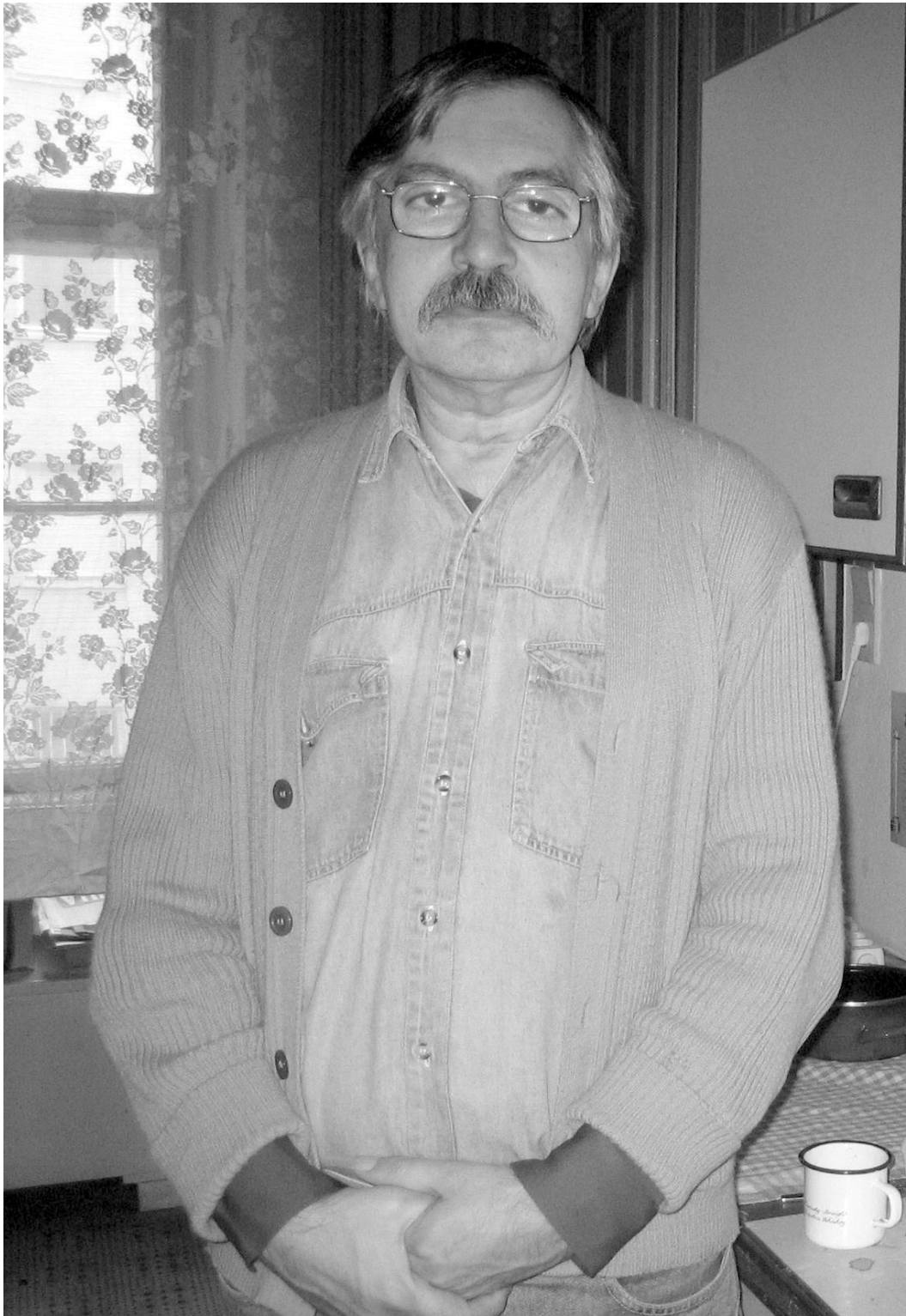
- **Zusätzliche Sozialleistungen zum Lohn.** Dieses Modell hilft einem von Ausgrenzung betroffenen Menschen, eine Rückkehr in die Arbeit in Erwägung zu ziehen. Frédéric hat es insbesondere dabei geholfen, das nötige Selbstvertrauen aufzubauen, um sich auf seinen neuen Job zu konzentrieren.
- **Eine psychiatrische Klinik.** Frédéric nahm diese Hilfe nur auf Drängen seiner Rückweg-in-die-Arbeit-Berater an.

DIE WICHTIGSTEN GESICHTSPUNKTE

Ein guter Aktivierungsansatz muss verschiedene Schlüsselemente miteinander kombinieren:

- **Subventionierte Jobs** für Menschen, die die für normale Arbeitsplätze nötige Produktivität nicht erreichen. Subventionierte Jobs wurden Ende der 1980er-Jahre eingeführt. In Frankreich zeigten sie praktische Erfolge. Diese Jobs müssen flexibel sein und Arbeitnehmern wie Frédéric die Möglichkeit einer schrittweisen Eingliederung in den Arbeitsmarkt geben.
- **Finanzielle Anreize**, um die Kosten und Risiken einer Rückkehr in die Arbeit auszugleichen. Die Behörden haben Angst vor Betrug. Sie sind unwillig, den Menschen, die von Ausgrenzung betroffen sind, höhere Mittel zu gewähren als denjenigen, die einer bezahlten Beschäftigung nachgehen. Maßnahmen, die darauf abzielen, die am stärksten ausgegrenzten Menschen ins Arbeitsleben einzugliedern, erhalten nicht genug echte Unterstützung. (Politische Entscheidungsträger stehen hier unter einer genauen Beobachtung.)
- **Gemeinsame Unterstützung und Überwachung**
Die Aufgabe derjenigen, die solche Jobs schaffen und unterstützen, wird durch die fehlende gemeinsame Politik nicht eben erleichtert. Jede neue Regierung ändert die Regelungen für diese Jobs. Die Regierungspolitik und ihre offiziellen Vertreter schätzen diejenigen zu gering ein, die Eingliederung möglich machen. Dies gilt besonders, wenn sie zum NRO-Sektor gehören, wie etwa soziale Unternehmen und soziale Werkstätten. Dadurch wird die Erstellung der individuellen Programme, die für die Förderung der Eingliederung notwendig sind, sehr stark erschwert. Die für die Eingliederungsarbeit nötige Unterstützung und Vermittlung wird jetzt zwar anerkannt, doch sieht die Praxis noch so aus, dass die französischen Behörden Maßnahmen auf dem Papier mehr trauen als Menschen.
- **Einbeziehung der NRO**
Im geschilderten Fall stellte die NRO zwei Berater, sodass die Kontinuität und ein gemeinsamer Ansatz stets gewahrt waren. Außerdem wurde so die übermäßige Abhängigkeit von einem Berater verhindert. Den NRO fällt häufig eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung innovativer und individueller Methoden zu, die sich auf die Bedürfnisse des Einzelnen konzentrieren. Ihr Hauptanliegen besteht nämlich nicht darin, Kosten möglichst gering zu halten.

EAPN FRANKREICH



Arbeit weg, Freunde weg

Die Geschichte von Peter



Seit mehr als zehn Jahren hat Peter Gach keinen fixen Job mehr. "Wer braucht mich denn noch mit 56?", fragt er. Der Wiener hofft auf die geplante Grundsicherung.

Die Unterstützung reicht gerade zum Überleben

Bei der Butter leistet sich Peter Gach einen Luxus. "Da nehm' ich immer die "Primina", die ist zwar teuer, lässt sich aber auch dann noch gut streichen, wenn es eiskalt ist", sagt er, legt die Butter ins Einkaufswagerl zu dem Kilo Kristallzucker, den Packerlsuppen und den Erdnüssen und fährt zur Kassa. Alles werde teurer, seufzt er. Peter Gach muss jeden € zwei Mal umdrehen, bevor er ihn ausgibt.

Die Notstandshilfe ist knapp bemessen

Pro Monat bekommt der 56-jährige Arbeitslose 500 € Notstandshilfe vom Bund und 77 € Sozialhilfe vom Land Wien. Nach Abzug der Miete bleiben ihm nicht mehr als 400 €. Das muss für Heizung, Essen, Telefon, Kleidung und was sonst noch anfällt, reichen.

Gach kommt damit gerade so über die Runden. Eine eiserne Reserve hat er aber nicht: Passiert etwas Ungeplantes - so wie kürzlich, als der Durchlauferhitzer seinen Geist aufgab - ist die Krise perfekt. Derzeit ist er mit zwei Monatsmieten im Rückstand, auf seinem Konto steht sowieso schon ein dickes Minus.

Trotz guter Ausbildung den Job verloren

Seit 1995 hat der gelernte Buchhändler keinen fixen Job mehr gehabt. Er leidet an Depressionen, nach vier Stunden Arbeit ist er erschöpft. Seit 1997 ist er in psychologischer Behandlung, nimmt Psychopharmaka.

"Früher habe ich immer gesagt, Depressionen sind eine Frauenkrankheit." Seid er in ein emotionales Loch gefallen ist, habe er sich eingeredet, das sei bloß die klassische Adventdepression, weil sein Traum von einer Familie nie wahr geworden sei.

Bewerbungen und Weiterbildung führen nicht zum Ziel

Gach ist das, was man wohl einen Modernisierungsverlierer nennt: Seit Jahren wird er vom Arbeitsmarktservice (AMS) von einem Kurs in den nächsten geschoben, nimmt an monatelangen Projekten für Sozialhilfeempfänger teil, schreibt Bewerbungen, bekommt Absagen. Wer, fragt er sich, wer brauche schon einen 56-Jährigen?

"Zum Arbeiten bin ich zu krank, für die Frühpension zu gesund." Zuletzt schöpfte er im Jahr 2000 Hoffnung. Da machte er einen Kurs für Webdesign, wofür er bald eine Leidenschaft entwickelte. "Aber wenn du dich wo bewirbst, sind schon hundert da, die jünger sind."

Fristlose Kündigung kurz nach Tod der Freundin.

Der Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit und Depressionen begann schon Ende der 80er Jahre: Innerhalb von 14 Monaten starben Gachs Mutter und seine Freundin.

"Das warf mich total aus der Bahn." Er betrank sich oft bis zur Besinnungslosigkeit. "An diese Zeit erinnere ich mich nicht gerne." Zwei Monate nach dem Tod der Freundin wurde er in der Druckerei, wo er acht Jahre lang beschäftigt war, fristlos gekündigt. "Und das im linken Paradebetrieb Globus Verlag von der KPÖ", sagt Gach. Er verkaufte seine Bücher und Musikplatten. Mit dem Geld wollte er kurzfristig seine Kreditraten bezahlen. "Ich dachte, dass ich bald wieder die Arbeit habe."

Strukturwandel und neue technische Anforderungen

Aber die Arbeitswelt hatte sich verändert. "In der Druckerbranche gab es weniger Jobs und viele technische Neuerungen." Er versuchte sich da und dort, schaffte aber den Anschluss nicht mehr. Mit dem fixen Arbeitsplatz waren auch seine Freunde weg.

"Ich habe mich immer mehr isoliert. Ich konnte ja nicht mehr so ausgehen wie früher. Das war sehr bitter", erzählt er. In der Zwischenzeit kreiste auch schon der private Pleitegeier über ihm. "Ich konnte kaum noch schlafen wegen meiner Geldsorgen."

Freunde helfen wieder Fuß zu fassen

Erst 1997 lernte er in einem der Kurse neue Freunde kennen, es ging wieder aufwärts. Ein Freund, der wieder einen Job fand, greift ihm heute noch unter die Arme. Untätig blieb auch Gach nicht, obwohl er keine neue Arbeit mehr fand: Vor drei Jahren gründete er die "Selbsthilfegruppe für Menschen in schwierigen Lebenssituationen". Dort blüht er auf.

Eine Aufgabe gefunden, aber weiter ohne Erwerbseinkommen

Er betreut die Webpage (http://webling.at/shg_fmisl), organisiert Treffen und wird auch immer öfter bei anderen Gruppen eingeladen. Jeder Einladung kann er nicht nachkommen. "Meist trinkt man doch mehr als ein Bier und das ist zu teuer." Was geblieben ist, ist seine größte Angst: Die vor der Obdachlosigkeit.

Hoffnung auf Grundsicherung mit freiwilliger Beschäftigung

Die geplante Grundsicherung in der Höhe von 726 € (in Österreich 14 mal im Jahr) würde ihm diese Angst nehmen, ist er überzeugt. "150 € mehr haben, ist für mich ein riesiger Unterschied." Natürlich gebe es jene, die das Sozialsystem ausnützten. "Aber das ist eine Minderheit, die es immer gibt."

Maria Zimmermann
in SALZBURGER NACHRICHTEN, 7./8.12.2006

Nationaler Kontext

ARMUT IN ÖSTERREICH

Zugewandert, erwerbslos, alleinerziehend, working poor

460 000 Menschen (6 % der Wohnbevölkerung) in Österreich sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, Frauen stärker als Männer. Ein Viertel der Armutsbevölkerung sind Kinder. Ihre Eltern sind zugewandert, erwerbslos, alleinerziehend oder haben Jobs, von denen sie nicht leben können.

Ein Drittel der Betroffenen sitzt dauerhaft unter den Bedingungen von Armut und Ausgrenzung fest. Die Hälfte aller akut armen Personen ist nur für ein Jahr dieser Situation ausgesetzt.

Arm trotz Arbeit

253 000 Personen sind in Österreich armutsgefährdet trotz Arbeit. Davon 91 000 manifest arm. Sozial ist nicht nur das, was Arbeit schafft, sondern Arbeit, die vor Armut schützt.

"Jenen Interessen nachzugeben, die einen Niedriglohnsektor mit „Arbeit um jeden Preis“ forcieren, bedeutet eine soziale Zeitbombe auf den Weg zu bringen. Jetzt schon leben 253 000 Menschen in Österreich in Haushalten, in denen der Verdienst trotz Erwerbsarbeit nicht reicht, um die eigene Existenz - und die der Kinder - zu sichern", zitiert die ARMUTSKONFERENZ die aktuellen Daten der Statistik Austria. Davon sind 91.000 manifest arm, d.h. die Betroffenen weisen einen schlechten Gesundheitszustand auf, leben in feuchten, schimmlichen Wohnungen, etc.

Von den prekär Beschäftigten mit "befristeten Vertrag" sind 11% armutsgefährdet, "unregelmäßig Beschäftigte" 17%, Personen mit "Teilzeit weniger als 12 Stunden" 20% und bei Menschen mit "35h Wochenarbeitsstunden für weniger als 1000 € Brutto" sind 23% armutsgefährdet.

Arbeitslosengeld / Notstandshilfe

Österreich liegt mit der Höhe der Arbeitslosenleistungen mit vergleichbaren OECD-Ländern im unteren Drittel. "Eine Erhöhung der Nettoersatzrate ist ein notwendiger Schritt zur Armutsvermeidung", fordert die Armutskonferenz. Das ist Teil eines "Mindestsicherungs-ABC", das die materielle Mindestsicherung (A), soziale Dienstleistungen (B) und aktive Arbeitsmarktpolitik (C) umfassen muß".

Notstandshilfe um 4,3% gesunken

Die Zahl der Arbeitslosen steigt seit 4 Jahren Monat für Monat auf immer neue Rekordstände. Gleichzeitig müssen Arbeitslose mit immer weniger Geld das Auslangen finden. Der durchschnittliche Lohnersatz bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe ist von 2000 bis 2004 real um 3,6% gesunken. Die durchschnittliche Höhe der Notstandshilfe ist um 4,3% gesunken, die des Arbeitslosengeldes um 2,9%.

* Als Schwelle wird 60% des Median-Pro-Kopf-Haushaltseinkommens definiert:
Das sind 848 € für Österreich im Jahr 2006. Die meisten Einkommen liegen weit darunter.

Quelle: Statistik Austria 2006, EU-SILC.
Bericht über die soziale Lage 2003-2004. Sozialministerium.
Bericht zur sozialen Lage 2001-2002, Sozialministerium.

Die Armutskonferenz

Österreichisches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung



Ausbildung gibt Zukunft

Die Geschichte von Natascha



Natascha ist 22 Jahre, bei der Geburt ihres Sohnes hat sie die hauswirtschaftliche Berufsschule abgebrochen. Jetzt hat sie eine Ausbildung in Aussicht.

Nach der Schule ohne Ausbildung

Einen Hauptschulabschluss konnte Natascha erwerben, für den Traumberuf Polizistin waren die Noten nicht ausreichend, eine Ausbildungsstelle fand sie nicht. Die hauswirtschaftlich Berufsschule musste sie abbrechen, als ihr kleiner Sohn geboren wurde. Sie heiratete den Vater ihres Kindes und verbrachte ihre Zeit mit der Erziehung. Ihr Mann hatte einen Arbeitsplatz in einem Metallbetrieb am Ort. Als ihr Kind größer wurde, wurde sie im gleichen Betrieb mit einem Entgelt von 400,- € geringfügig beschäftigt.

Arbeitslos, aber ein Kind zu versorgen

Die Geschäfte gingen in der deutschen Bauwirtschaft schlecht, dem Betrieb fehlten 2004 die Aufträge. Natascha wurde betriebsbedingt gekündigt, nach kurzer Zeit auch ihrem Mann, beide hatten wenigstens einen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Im gleichen Jahr trennte sich das Paar, Natascha erhielt von ihrem Mann keinen Unterhalt, das Kind versorgten sie im 14-tägigen Wechsel mit ihrem Ex-Mann, aber immer häufiger und länger war das Kind bei der Mutter.

Natascha sagt, das war eine schwierige Zeit, die vielen Behördengänge und die Formalitäten, bis mal alles lief und das Kindergeld und die Wohnungsmiete gesichert waren. Arbeitslosenversicherung und Kindergeld waren mein Einkommen, von dem ich meinen und den Lebensunterhalt unseres Kindes bestritten habe. „Ob ich davon leben konnte? – Nicht wirklich! Ich musste Bekannte, meine Mutter, meinen Ex-Mann immer wieder um Unterstützung bitten, die ich auch erhielt - nur so bin ich über die Runden gekommen.“

Das Arbeitsamt zahlte und führte sie in der Kartei

Weil Natascha nur wenig Arbeitslosenhilfe erhielt und sie aufgrund ihrer unzureichenden Qualifikation nicht vermittelbar war, kümmerte sich das Arbeitsamt nur wenig um sie. Zum Jahresbeginn 2005 wurde sie als Arbeitslosenhilfeempfängerin vom Arbeitsamt an die Kommunale Arbeitsvermittlung der Kreisverwaltung (Optierende Kommune) überstellt. Natascha wurde als ar-

beitsfähig eingestuft. Sie erhielt im Juni 2005 die Aufforderung, bei dem Beschäftigungsbetrieb *Neue Arbeit*, einer Nicht-Regierungsorganisation, einen sog. 1-€-Job anzutreten, zuerst im Second-hand-Kaufhaus Fundus als Verkäuferin. Ihr Kind wurde in der Arbeitszeit von der Oma väterlicherseits versorgt.

Verbesserung der finanziellen Situation und Beratung

Die Arbeit im Second-hand-Kaufhaus stellte sie finanziell besser – das war die eine Sache. Das wöchentlich einmal angesetzte Bewerbungstraining und die schulischen Bildungsmaßnahmen, die alle 1-€-Jobber/innen bei diesem Beschäftigungsträger durchlaufen, sollten bei Natascha ein Nachdenken darüber auslösen, wie es weitergehen kann, wenn die Maßnahme endet. Ein Berater des Beschäftigungsbetriebes führte mit ihr ein Gespräch (Sozialanamnese mit Profiling), in dem Natascha sich ihrer ursprünglichen Berufsvorstellungen Polizistin oder Malerin /Tapeziererin oder Automechanikerin erinnerte. Und da der Beschäftigungsbetrieb eine Sparte Malen/Tapezieren unterhält, wechselte Natascha kurzfristig in diese Sparte.

Berufsausbildung macht Hoffnung

Die Tätigkeit in der neuen Sparte, geführt als Projekt AKKU , richtet sich an arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren mit besonderen Integrationsproblemen und multiplen Vermittlungshemmnissen. Natascha macht die Tätigkeit Spaß, leider war der Übergang in das schon laufende Ausbildungsjahr nicht sofort möglich. Dafür hat sie die Zusicherung des Betriebes, dass sie im Herbst 2007 mit der Ausbildung zur Malerin/Tapeziererin beginnen kann - worauf sie alle ihre Hoffnungen setzt!

Natascha sagt: „Wenn ich dann diese Ausbildung abgeschlossen habe, kann ich mit meiner beruflichen Fähigkeiten denen helfen, die mich bisher unterstützt haben. Ob ich meinen weiteren Traum Automechanikerin danach umsetzen will, muss ich dann mal sehen ...“

Nationaler Kontext

Politische Entscheidungen führen zu unsicheren Arbeitsverhältnissen: Mit der gesetzlichen Neuordnung der „geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse“ („400-€-Jobs“) sollte u.a. die Schwarzarbeit zurückgedrängt oder die Beschäftigungsaufnahme bzw. die Integration in das Arbeitsleben von gering qualifizierten oder schwer zu vermittelnden Personen erleichtert werden. In der Realität werden durch die geringeren Sozialversicherungsbeiträge die Begründung von Zweitjobs oder die Aufspaltung von vorher regulären Vollzeitstellen in mehrere 400 -€-Jobs subventioniert, wie z. B. im Einzelhandel.

Für Natascha war es ein Hinzuverdienst – so lange alles gut ging: der Mann hatte einen Arbeitsplatz und die Ehe hielt.

Zur gleichen Zeit waren 504 381 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, insgesamt waren 1.050.104 zu dieser Zeit auf besondere Fördermaßnahmen zur beruflichen Integration angewiesen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistik 2004 und Berechnung von IAJ Oldenburg (Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe) 2006

Unsicheren Arbeitsverhältnissen folgt Armut: Arbeitslosengeld wird Natascha nur kurze Zeit und in geringem Umfang gezahlt. Seit 2005 ist die Arbeitslosenhilfe durch Gesetzesänderung weggefallen. Die bedürftige Natascha erhält nun die „Grundsicherung für erwerbsfähige Arbeitssuchende“ (SGB II), der pauschalierten früheren Sozialhilfe. Für das Kind erhält sie einen anteiligen Satz von 207 €, da es mit ihr in Bedarfsgemeinschaft lebt. Darüber hinaus erhält sie angemessene Kosten der Unterkunft.

Natascha zählt nicht zu den bevorzugt Vermittelbaren: Arbeitslosigkeit ist für die Alleinerziehende mit einem kleinen Kind und mit unzureichender Qualifikation kaum zu überwinden: sie sind zu jung, ohne Berufserfahrung, unqualifiziert und gebunden. Das Angebot der Kinderbetreuung ist meist unzureichend. Deshalb sind Alleinerziehende eine der größten Gruppen in Armut und im überdurchschnittlich langen Bezug von Sozialleistungen.

Nataschas Kind ist eines von 232 000 unter 3-jährigen Kleinkindern (10,4%), die über 3 Jahre im Sozialleistungsbezug sind: ab 2005 ist dies für Natascha und ihr Kind nach Sozialgesetzbuch II die ‚Grundsicherung für Arbeitssuchende‘ und ‚Sozialgeld‘ für ihr Kind. Natascha ist allein Erziehende; allein Erziehende machen mehr als 50% aller Haushalte mit Kindern aus, die im Hilfebezug stehen.

Leistungen beziehen diese Haushalte auch deswegen, weil – wie im Bundesland Baden-Württemberg - es für 200 000 2- bis 3-jährige Kinder lediglich 22.900 Betreuungsangebote (11,4 %) gibt. Betreuungsangebote sind jedoch Voraussetzung für Erwerbstätigkeit der allein Erziehenden.

(Angaben: Stat. Landesamt Baden-Württemberg, Stand März 2006; eigene Berechnung)

Für Personen wie Natascha gilt ein „Teufelskreis“:

- sie sind unqualifiziert
- ein Qualifizierungsangebot erhalten sie nicht, da sie ein Kind betreuen müssen.
- Das gleiche gilt für einen Arbeitsplatz. Arbeitgeber scheuen das Risiko, dass z.B. das Kind krank wird.
- in der Vermittlung werden ihnen Kurzarbeitslose aus dem Versicherungssystem „Arbeitslosengeld“ des SGB III vorgezogen.
- Bei dem Mangel an Kindergartenplätzen werden oft die Kinder von Eltern, die Arbeit haben, vorgezogen.

Wie fast alle Hilfebezieher ist Natascha erwerbsfähig, sie kann mehr als 15 Stunden in der Woche arbeiten. Wie insgesamt etwa 600.000 Personen jährlich wird Natascha aufgefordert, ihre Arbeitsbereitschaft durch eine kurzzeitig befristete „aktivierende“ Maßnahme zu beweisen, den sog.,, 1-€-Job“. Er wird pauschal pro Stunde als Ersatz für einen dadurch erhöhten Aufwand erstattet. Bei einer Stelle mit 30 Wochenstunden beträgt somit die „finanzielle Besserstellung“ 120 € im Monat.

Was zeigt Ihre Geschichte:

Im Unterschied zu den meisten anderen hat Natascha **GLÜCK** und gleich in mehrfacher Hinsicht:

1. an ihrem Ort gibt es ein soziales Beschäftigungsunternehmen, dass zwei kirchliche Organisationen (Nicht-Regierungsorganisationen) bereits vor Jahren für die Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen eine NEUE ARBEIT gGmbH gegründet haben
2. die Familie ist so stark, dass sie die Kinderbetreuung durch die Mutter des von ihr geschiedenen Mannes (!) selbst organisieren kann
3. Das Beschäftigungsunternehmen (NRO) NEUE ARBEIT bietet eine interessante Beschäftigung, verbunden mit weiteren qualifizierenden und begleitenden sozialen Angeboten sowie einem Profiling. Das wird üblicherweise vom Leistungsträger – hier: der Kommune – nicht angeboten.
4. Die NEUE ARBEIT hat über den Beschäftigungsbetrieb seit Jahren Kontakte zu Ausbildungsbetrieben und kann ihr die Möglichkeit eines Ausbildungsplatzes in einem Betrieb erschließen. Damit wird sie nach drei Jahren als qualifiziert und nicht mehr als schwervermittelbar gelten.
5. ihre Ausbildung wird über ein arbeitsmarktpolitisches Programm durch den ESF kofinanziert.

Was lernen wir daraus? Langzeitarbeitslosigkeit, Prekarisierung, soziale Ausgrenzung und Armut in einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland kann Natascha überwinden. Ihr kann weitergeholfen und eine Perspektive eröffnet werden:

Sie muss nur gleichzeitig 5-Mal Glück haben !

Und was ist mit den anderen 4 Millionen bedürftigen Langzeitarbeitslosen?

Nationale Armutskonferenz Deutschland – nak
Deutsches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung

DIE ANTWORT DER KOMMISSION

Beschäftigung und ein wirksames soziales Sicherheitsnetz sind legitime Erwartungen, die alle Bürgerinnen und Bürger an ihre Regierungen stellen. Sie bilden die Grundlage für die Unabhängigkeit und das Wohlergehen des Einzelnen, und stellen daher ein wesentliches Fundament der Gesellschaft insgesamt dar. Das europäische Sozialmodell ist ein erfolgreicher Ausgleich zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und sozialem Zusammenhalt.

Durch die Globalisierung und die demographische Entwicklung der europäischen Bevölkerung ändern sich die Bedingungen, unter denen politische Entscheidungsträger das europäische Sozialmodell fördern. Die Strategie für Wachstum und Beschäftigung stellt die umfassende Antwort der Europäischen Union auf diese Herausforderungen dar. Die Strategie zielt darauf ab, einen weitreichenden und nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand durch die Förderung von Wissen und Innovation zu erreichen und auf diese Weise Europas Anziehungskraft für Investoren und Arbeitskräfte zu stärken sowie mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Rahmen der Strategie für Wachstum und Beschäftigung schlägt die Europäische Kommission integrierte Leitlinien für nationale Reformen vor, die dann vom Europäischen Rat angenommen werden. Alle Mitgliedstaaten haben für den Zeitraum 2005-2008 nationale Reformprogramme erstellt. Die Kommission analysiert und beobachtet deren Umsetzung, fördert die Bemühungen der Mitgliedstaaten, nationale Herausforderungen anzugehen und hilft ihnen, voneinander zu lernen und bewährte Verfahren zu übernehmen.

Die Reformprozesse in den Mitgliedstaaten werden sich positiv auf die Volkswirtschaften der Länder auswirken. Das ist kein Ziel an sich. Eine Verbesserung der Volkswirtschaften bringt mehr Arbeitsplätze, mehr Wohlergehen und weniger Armut. Bei der Strategie für Wachstum und Beschäftigung geht es nicht nur darum, Wohlstand zu schaffen, sondern auch darum, den Menschen einen Anteil an diesem Wohlstand zu geben.

Als Teil der integrierten Leitlinien wurden in den Leitlinien für die Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten drei Ziele festgesetzt, die ganz klar eine enge Verbindung zwischen Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt herstellen. Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten sollen in Anlehnung an die Strategie diese drei Zielsetzungen auf ausgewogene Weise fördern. Bei den drei Zielsetzungen handelt es sich um Folgende:

*Erreichung von Vollbeschäftigung, die entscheidend ist, um das Wirtschaftswachstum zu erhalten und den sozialen Zusammenhalt zu stärken;

*Bemühungen, die Beschäftigungsquoten zu steigern, gehen Hand in Hand mit attraktiveren Arbeitsplätzen, der Qualität der Arbeitsplätze und einer höheren Arbeitsproduktivität sowie einer Reduzierung der Zahl der arbeitenden Armen;

*Stärkung der sozialen Eingliederung, Verhinderung der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt und Unterstützung der Eingliederung von benachteiligten Gruppen in die Arbeit.
Für die Umsetzung dieser Ziele sind in den beschäftigungspolitischen Leitlinien drei Handlungsprioritäten festgelegt:

*mehr Menschen in die Arbeit zu bringen und dort zu halten

*die Anpassungsfähigkeit von Arbeitskräften und Unternehmen zu verbessern und

*die Investition in Humankapital durch bessere Bildung und Fähigkeiten zu erhöhen.

Die unter diesen drei Prioritäten festgelegten Leitlinien konzentrieren sich stark auf die Eingliederung von verletzlichen Gruppen in den Arbeitsmarkt. Die Erhöhung der Beschäftigungsquoten ist eine effektive Möglichkeit, Armut zu bekämpfen. Insbesondere die Beschäftigungsquoten von Frauen und älteren Arbeitskräften über 55 Jahren sind erheblich niedriger als die Beschäftigungsquoten der arbeitenden Bevölkerung allgemein.

Die fehlende Erwerbstätigkeit bei Jugendlichen und Jugendarbeitslosigkeit müssen durch eine bessere Berufs- und Ausbildung reduziert werden. Junge Arbeitslose mit geringen Qualifikationen tragen ein großes Risiko, in die Langzeitarbeitslosigkeit abzurutschen und somit auch in die soziale Ausgrenzung.

Die Mitgliedstaaten werden angehalten, beispielsweise durch die Ausweitung der Sozialdienste und der Sozialwirtschaft, die Eingliederung von benachteiligten Gruppen in den Arbeitsmarkt besonders zu fördern, einschließlich der Eingliederung wenig qualifizierter Arbeitskräfte.

Es gibt eine Reihe gemeinsamer Faktoren, die für eine erfolgreiche Verbesserung der Beschäftigungssituation dieser Zielgruppen entscheidend sind. Das erste – und wichtigste – Element ist Bildung und Ausbildung. Je stärker die Startposition des Einzelnen hinsichtlich seines Bildungs- und Ausbildungsniveaus ist, desto besser sind die Aussichten, dass er Zugang zum Arbeitsmarkt bekommt und sich dort auch halten kann. Es sind daher besondere Anstrengungen nötig, um durch aktive und präventive Arbeitsmarktmaßnahmen den Zugang des Einzelnen zum Arbeitsmarkt zu fördern. Dazu gehören zum Beispiel eine effektive Unterstützung bei der Arbeitssuche, Beratung und Fortbildung als Teil von individuellen Aktionsplänen sowie die Bereitstellung von Sozialdiensten, um die Eingliederung jener Menschen zu fördern, die auf dem Arbeitsmarkt am stärksten marginalisiert sind.

Beschäftigung ist der Schlüssel zur sozialen Eingliederung. Dies wird insbesondere dann klar, wenn man die weitreichenden negativen Auswirkungen betrachtet, die Arbeitslosigkeit auf

das Wohlergehen der einzelnen Menschen und deren Familien hat. Maßnahmen zur sozialen Eingliederung umfassen ein breites Spektrum und schließen etwa Themen wie Wohnraum, Bildung, Gesundheit und Betreuung mit ein. Aus diesem Grunde können sie auch den Einzelnen bei der Arbeitsuche unterstützen. Politisch gesehen sind Maßnahmen im Bereich soziale Eingliederung und Sozialschutz auf Ebene der Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene eng mit der Strategie für Wachstum und Beschäftigung verknüpft.

Es ist jedoch auch klar, dass Arbeitsplätze allein häufig nicht ausreichen, um die Hindernisse zu überwinden, denen der Einzelne beim Eintritt in den Arbeitsmarkt gegenübersteht. Diskriminierung ist immer noch allzu oft eine große Hürde; Diskriminierung, weil ein Mensch eine Behinderung hat, für zu alt oder zu jung erachtet wird, zu einer ethnischen Minderheit gehört oder ein Einwanderer ist. Die Europäische Union bietet einen klaren rechtlichen Rahmen, der sämtliche Arten von Diskriminierung verbietet, doch ist es noch ein weiter Weg, bis solchen Praktiken wirklich vollständig der Riegel vorgeschoben ist. Dass das Jahr 2007 das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle sein wird, ist der Beitrag der Europäischen Kommission zum Versuch, dem Kampf gegen Diskriminierung einen neuen Impuls zu verleihen. Die beschäftigungspolitischen Leitlinien rufen explizit dazu auf, die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen und den Zugang zur Arbeit für Menschen mit Behinderungen, Einwanderer und Minderheiten zu fördern.

Indem sie die Ziele der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung verfolgen, sind die Mitgliedstaaten eine feste Verpflichtung eingegangen. Nachdem die Kommission das erste Jahr dieses neuen Ansatzes analysiert hatte, haben die Staats- und Regierungschefs die Notwendigkeit von Maßnahmen bestätigt, um die im Strategiepaket festgelegten Ziele zu erreichen. Die Verbindung zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und sozialem Zusammenhalt wurde dabei besonders betont. Die Europäische Kommission wird die einzelnen Mitgliedstaaten und die Europäische Union als Ganzes weiterhin auf diesem Weg begleiten.

NIKOLAUS G. VAN DER PAS
EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALDIREKTOR BESCHÄFTIGUNG, SOZIALE ANGELEGENHEITEN
UND CHANCENGLEICHHEIT

Wenn „Arbeit muss sich lohnen“ das Ziel verfehlt – Eine Ansicht des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

Politische Entscheidungsträger sind sehr häufig in einer wirtschaftlichen Vorstellung gefangen, die sie vorantreiben, ohne zu berücksichtigen, was wirklich in der Gesellschaft vorgeht. Die wirtschaftliche Vorstellung, der politische Entscheidungsträger in Europa seit fünf bis sieben Jahren anhängen, besagt, dass Massenarbeitslosigkeit in Europa in Verbindung mit Systemen der Arbeitslosenunterstützung zu sehen ist, die den Anreiz, zu arbeiten, einschränken. Und ‚Arbeit muss sich lohnen‘ wurde zum Slogan, mit dem politische Entscheidungsträger weitreichende Kürzungen bei den Systemen der Arbeitslosenunterstützung ‚verkaufen‘.

Die Erfahrungsberichte, die das Europäische Netzwerk gegen Armut in der vorliegenden Veröffentlichung wiedergibt, bezeugen sehr anschaulich die Tatsache, dass die abstrakte Wirtschaftstheorie von ‚Arbeit muss sich lohnen‘ ihr Ziel vollkommen verfehlt. Sie macht die Situation nicht besser, sondern schlechter. Die Menschen werden von der Deregulierung des Sozialschutzes getroffen und müssen zusehen, wie sich die Lebensbedingungen ihrer Familien verschlechtern. Auf dem Papier bietet diese Theorie den so genannten ‚Armutsfallen‘ möglicherweise erfolgreich Einhalt. In der Realität haben die ‚Arbeit muss sich lohnen‘-Maßnahmen jedoch den Effekt, dass noch mehr Menschen in die Armut getrieben und von der Gesellschaft ausgegrenzt werden.

Man kann fast schon hören, wie die Kommission und ihre ‚mitarbeitenden‘ Finanzminister und Zentralbanker einwenden, dass die vom EAPN angewandte Methode nicht ‚objektiv‘ bzw. nicht ‚wissenschaftlich‘ sei. Dass ‚anekdotische‘ Berichte keine gute Grundlage für einen allgemeinen und vollständigen Überblick seien.

Es ist jedoch bedauerlich für die Jünger der ‚Arbeit muss sich lohnen‘-Theorie (und für die Arbeitslosen noch viel mehr), dass die Gesamtzahlen stützen, was das EAPN in der vorliegenden Veröffentlichung beschreibt. Veröffentlichungen der Europäischen Kommission ist zu entnehmen, dass die Armutsraten in Europa steigen, und zwar insbesondere in den Ländern, in denen die ‚Arbeit muss sich lohnen‘-Strategien am strengsten umgesetzt wurden. Darüber hinaus kommen Arbeitsmarktstudien von Wirtschaftswissenschaftlern, die sich ihre Aufgeschlossenheit bewahrt haben (glücklicherweise gibt es in Europa immer noch ein paar Wirtschaftswissenschaftler, die nicht den besonderen Interessen einer kleinen Elite dienen!) zu Schlussfolgerungen, die für die ‚Arbeit muss sich lohnen‘-Politik vernichtend sind:

* Studien¹⁾, die auf Haushaltspaneldaten beruhen und über mehrere Jahre die soziale Lage von Einzelpersonen und Familien verfolgen, kommen zum dem Schluss, dass ‚aktive Ar-

beitsmarktmaßnahmen', die häufig ‚Arbeit muss sich lohnen‘-Maßnahmen ergänzen, die Chance, der Armut zu entkommen, in Wirklichkeit verringern. Hier spiegelt sich die Tatsache wider, dass ‚aktive Arbeitsmarktmaßnahmen‘ in einigen Fällen für eine ‚Verschlankung‘ der Arbeitslosenstatistiken missbraucht wurden, anstatt neue Fortbildungsmöglichkeiten für Arbeitslose zu schaffen und ihnen dabei zu helfen, einen neuen Job zu finden, der zu ihren verbesserten Fähigkeiten passt.

* Diese Studien konzentrieren sich auch auf die Auswirkungen, die Systeme der Arbeitslosenunterstützung auf die Wahrscheinlichkeit haben, der Armut durch Annahme eines Jobs zu entkommen. Das überraschende Ergebnis zeigt auf den ersten Blick, dass höhere Leistungen es Arbeitslosen eher ermöglichen, der Armut zu entgehen, indem sie von der Sozialversicherung zur Arbeit wechseln. Die Erklärung, die diese Studien dafür bieten, lautet, dass die Arbeitslosenunterstützung eine ‚aktivierende‘ Rolle spielt und dass diese Rolle dominanter ist als das, was engstirnige Wirtschaftswissenschaftler ‚subventionierte Freizeit‘ nennen. Höhere Ersatzleistungen und längere Bezugszeiten bieten den Menschen die Möglichkeit, vernünftige Arbeitsplätze zu suchen und ihr Humankapital während Intervallen der Arbeitslosigkeit nicht verkümmern zu lassen.

* Außerdem wurden Studien²⁾ zum ‚Vorbehaltslohn‘ der Haushaltsmitglieder durchgeführt (also zu dem Lohnniveau, das einen Arbeitslosen dazu bewegt, eine Arbeit anzunehmen) sowie zu dem wirklichen Verhalten von Arbeitslosen, wenn es darum geht, ein Jobangebot zu akzeptieren oder abzulehnen. Wie es scheint, treibt die Arbeitslosenunterstützung den ‚Vorbehaltslohn‘ tatsächlich in die Höhe. Auf Fragebögen geben Arbeitslose nur selten an, dass sie bereit sind, für einen Lohn zu arbeiten, der unter der Arbeitslosenunterstützung liegt. Betrachtet man jedoch das wirkliche Verhalten, so scheinen Arbeitslose ohne zu zögern Jobangebote anzunehmen, deren Bezahlung unter ihrem Vorbehaltslohn und ihrer Arbeitslosenunterstützung liegt. Beim ‚Homo Ökonomikus‘ handelt es sich offenbar nur um eine Facette des sozialen Wesens, das den Menschen ausmacht. Die Menschen wollen am Arbeitsleben teilhaben, und zwar nicht nur, um Geld zu verdienen, sondern auch, um soziale Kontakte aufzubauen und beizubehalten.

* Schließlich kommt sogar die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)³⁾, also jener internationale Think Tank der Wirtschaftswissenschaftler, der die politische Idee von ‚Arbeit muss sich lohnen‘ in die Welt setzte, zu dem Schluss, dass viele Sanktionen gegen Arbeitslose und deren Unterstützung von der viel zu komplexen Bürokratie der öffentlichen Arbeitsverwaltungen herrühren. Anders ausgedrückt: Das Problem besteht nicht darin, dass Arbeitslose unwillig sind, Arbeit zu suchen und anzunehmen, sondern eher darin, dass der Rahmen für die Pflichten der Arbeitssuchenden unklar ist. Die in die vorliegende Veröffentlichung aufgenommene Geschichte aus dem Vereinigten Königreich (‚Fröhliche Weihnachten! Wir stellen Ihre Leistungszahlungen ein!‘) ist dafür ein anschauliches Beispiel. Die OECD-Vertreter selbst argumentieren, dass hier keine ‚atomare Lösung‘ angebracht ist (also Leistungen vollständig einzustellen), sondern eine bessere Erklärung, was Arbeitsverwaltungen von Arbeitssuchenden erwarten, und dies in Verbindung mit kleineren, vorübergehenden Sanktionen.

Die Zeit ist reif für einen sozialen Wandel. Der Traum von Europa muss jetzt vor denjenigen gerettet werden, die die europäische Integration aktiv dazu missbrauchen, ihre Ideologie des ‚freien Marktes‘, des ‚laissez-faire, laissez-passer‘, voranzutreiben. Es handelt sich hierbei um eine Ideologie, die wenige Gewinner, aber viele Verlierer hervorbringt. Eine Ideologie, die einer kleinen Elite nützt, während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Arbeitslosen allein den Stürmen eines globalen und europäischen Marktes ausgesetzt sind, ohne dabei den Schutz durch Einrichtungen wie Beschäftigungsgesetze und Sozialversicherung zu genießen.

Wir gratulieren dem EAPN zu dieser Veröffentlichung und auch zur Enthüllung der gesellschaftlichen Wahrheit, die sich häufig hinter der derzeitigen wirtschaftlichen Phrasendrescherei von allzu vielen europäischen politischen Entscheidungsträgern verbirgt. Wir hoffen, dass dies einen weiteren Schritt hin zur Schaffung eines Europas darstellt, das sich für alle Menschen einsetzt und von allen unterstützt wird.

RONALD JANSSEN
BERATER FÜR ÖKONOMISCHE FRAGEN BEIM EGB

¹⁾ Groenez S., und Nicaise I. Does the active welfare state foster inclusion ? Papier, das im Rahmen der Konferenz, Best practice in labour market programmes' vorgelegt wurde, Brüssel, Oktober 2004

²⁾ Addison, Centeno und Portugal: Three weddings and (maybe) a funeral: Revisiting job search theory, Mimeo, Mai 2005

³⁾ Martin John: What works among labour market policies: Evidence from OECD countries' experiences, Powerpoint-Präsentation im Rahmen der Konferenz der österreichischen Präsidentschaft ‚Innovation in Labour Markets‘, Wien, Februar 2006

Menschen, die von Armut betroffen sind, zu vernünftigen Arbeitsplätzen und einem besseren Leben verhelfen

Schlussfolgerungen und Empfehlungen des EAPN

Die Fragen, die die Erfahrungsberichte aufwerfen, sind auch Kernstück der Bedenken, die das EAPN bezüglich des ‚Arbeit muss sich lohnen/Aktivierungs‘-Schwerpunktes der EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung hat. Die vorliegenden Geschichten wollen keine objektive Beurteilung bieten. Vielmehr geben sie einen lebendigen Einblick in das Leben von Menschen, die mit den tatsächlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen konfrontiert sind. Sie bringen zum richtigen Zeitpunkt die Probleme und Leiden in Erinnerung, die echten Menschen entstehen. Die Geschichten werden so zum Anreiz, sicherzustellen, dass die Lissabonner Strategie Armut und soziale Ausgrenzung effektiv beseitigt, indem sie Menschen wirklich dabei hilft, ihr Selbstwertgefühl und auch Zugangsmöglichkeiten zu anständigen Arbeitsplätzen wiederherzustellen.

Die Armutsfalle/Lohnfalle

Die meisten Geschichten beleuchten das komplexe Zusammenspiel von Faktoren, die verletzte Menschen in Armut gefangen halten, trotz all der edlen Absichten der EU und der Regierungen der Mitgliedstaaten. Viele der Interviewten, ob mit oder ohne Arbeit, sind in einem Kreislauf der Armut gefangen. Einige, wie Maria, haben eine immer wieder unterbrochene Aufeinanderfolge von schlecht bezahlten, prekären oder zeitlich befristeten Jobs hinter sich oder mussten längere Zeit mit dem Mindesteinkommen oder der Arbeitslosenunterstützung über die Runden kommen. Andere wiederum, wie Joanne, waren schon immer auf Sozialleistungen angewiesen, wobei sich trotz ihrer Bemühungen offenbar kein Ausweg bietet. Das ist die andere Seite von Lissabon und vom Druck, auf europäischer Ebene ‚Arbeit muss sich lohnen‘-Maßnahmen und einen flexiblen Arbeitsmarkt zu fördern. Für die meisten dieser Menschen ist der Arbeitsmarkt bereits zu flexibel und ihr Leben zu stark von Unsicherheit beherrscht. Diese Gesichtspunkte müssen von der Europäischen Kommission und dem Rat unbedingt berücksichtigt werden, wenn sie jetzt ihre gemeinsamen Grundsätze zu einem ausgewogenen Ansatz in Sachen „Flexicurity“ vorbereiten.

Ein adäquater Sozialschutz für ein Leben in Würde

Einige der Geschichten werfen Fragen zur Gerechtigkeit und Effektivität der Sozialschutzsysteme auf. Letztere sind der Eckstein des europäischen Sozialmodells und ein grundlegender Wert der EU. Die Wirklichkeit sieht aber so aus, dass diesbezügliche politische Maßnahmen offen-

bar häufig die Menschen im Stich lassen, denen sie am meisten helfen sollten. Die Geschichten verdeutlichen, wie Mindesteinkommen oft nicht für den Grundbedarf ausreichen und so die Menschen in schlechte Wohnverhältnisse, Rückstände bei der Miete und bei anderen Haushaltskosten treiben. Die Höhe der Sozialleistungen wird nicht so berechnet, dass ein Leben in Würde möglich ist, dass man Freunde zum Essen einladen oder dem eigenen Kind ein Geschenk kaufen kann ... Die Geschichten heben auch die multidimensionalen Auswirkungen eines Lebens an bzw. unterhalb der Armutsgrenze hervor, bei dem ein niedriges Einkommen die Gesundheit und die psychische Stabilität der Menschen beeinträchtigt und auch deren Möglichkeiten für ein würdevolles gesellschaftliches und familiäres Leben und ein unterstützendes Netzwerk von Freuden beschränkt.

Arbeit muss sich lohnen

Viele der Geschichten handeln von den Folgen der ‚Arbeit muss sich lohnen‘-Strategien. Einige der Erfahrungsberichte zeigen, dass Beschränkungen beim Zugang zu Sozialleistungen bzw. bei der Zahlung als Druckmittel benutzt wurden, um Arbeitslose und „Nichterwerbspersonen“ in die Arbeit zu zwingen. Für die Betroffenen bedeutet dies zunehmende Probleme bezüglich des Anspruchs auf Leistungen, in Verbindung mit neu eingeführten Strafen und Sanktionen für Leistungsempfänger, die sich nicht „intensiv“ genug darum bemühen, einen Job zu bekommen, wie das Beispiel von Joanne zeigt. Diese Maßnahmen haben für verletzte Menschen eindeutig unermesslich harte Folgen, und dies aufgrund der Annahme, dass Menschen nicht arbeiten, weil sie nicht wollen. Für einen Großteil dieser Menschen ist es bereits schwer genug, mit einem niedrigen Einkommen und einem Leben in Unsicherheit zurechtzukommen. Viele von ihnen haben eine geringe Selbstachtung, können nur schwer ihr Leben planen und eigene Beziehungen entwickeln. Jegliche Strategie, die darauf abzielt, diesen Menschen beim Einstieg in die Arbeit zu helfen, muss diese Probleme angehen.

Die Niedriglohnfalle

Auf der anderen Seite der Gleichung steht die Niedriglohnfalle. Mehrere Geschichten verdeutlichen die Schwierigkeiten aufgrund qualitativ minderwertiger Arbeitsplätze, die von Aktivierungsprogrammen oder auf dem normalen Arbeitsmarkt angeboten werden. Eine dauerhaft schlechte Bezahlung ist hier meist ein Hauptmerkmal, zusammen mit schlechten Bedingungen, bei denen in der Regel zeitlich befristete, prekäre oder häufig auch Teilzeitjobs angeboten werden. Zwar gelten in den meisten EU-Ländern gesetzliche Mindestlöhne, doch wird derzeit nur selten überprüft, ob diese Löhne Armut auch wirklich vermeiden. Besondere Risiken gehen von befristeten Arbeitsverhältnissen und fehlenden anteiligen Lohnsätzen bei Teilzeitjobs aus. Zwar experimentieren einige Mitgliedstaaten mit Kombilohnsystemen, mit einkommensabhängigen Working Tax Credits [Steuergutschriften für Geringverdiener – die Üb.] oder Steuersenkungen, doch werden diese Initiativen durch anhaltende Probleme mit der Einkommenssicherheit ausgeglichen, die aufkommen, wenn sich der berufliche Status ändert. Die beschäftigungsbedingten Nebenkosten, wie etwa solche für Kinderbetreuung und Verkehrsmittel, finden ebenfalls zu wenig Berücksichtigung. Das grundlegende, speziell mit Arbeitsmarkttrennungen zusammenhängende Problem der

Niedriglöhne, wird nicht beantwortet. Trotz dieser Mängel zeigen die Geschichten jedoch, wie sehr die meisten Menschen bestrebt sind, jegliche Arbeitsmöglichkeit zu nutzen, und zwar selbst dann, wenn sich hierdurch die Chancen verringern, der lang anhaltenden Armut zu entkommen. Die genannten Punkte zielen direkt auf die Notwendigkeit, gute Mindesteinkommensniveaus mit angemessenen Mindestlöhnen zu koppeln und die horizontale und vertikale Arbeitsmarkttrennung zu bekämpfen.

Diskriminierung und Schikanen

Viele der Erfahrungsberichte beleuchten die vernichtenden Auswirkungen von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Abstammung bzw. ethnischen Herkunft oder des Einwanderer-, Flüchtlings-, Asylsuchendenstatus, des Alters und einer Behinderung. Bei anderen Geschichten geht es um Diskriminierung aufgrund von Vorurteilen gegen Langzeitarbeitslose. Solch diskriminierende Haltungen bedeuten häufig, dass selbst die besten konstruktiven Aktivierungsstrategien fehlschlagen, da Arbeitgeber und Arbeitsvermittlungsagenturen/Arbeitsverwaltungen die Fähigkeiten der Menschen stereotyp einschätzen und unterbewerten, und sie so am Zugang zu angemessenen Jobs bzw. deren Beibehaltung hindern. Selbst mit einer adäquaten Ausbildung und ausreichenden Fähigkeiten waren einige, wie etwa die hörbehinderte Rose oder der Flüchtling Ferry, nicht in der Lage, einen befriedigenden Job zu erlangen bzw. einen Job, der ihren Qualifikationen und Fähigkeiten entspricht. Bei älteren Arbeitskräften wie George wurden Vermutungen über den Verfall seiner Fähigkeiten angestellt, wodurch Menschen wie George bei Entlassungen an erster Stelle stehen, und dies trotz des angeblichen Engagements für das aktive Altern. Diese Tatsachen zielen direkt auf den Wunsch der überarbeiteten Lissabonner Strategie, nämlich „mehr Menschen in Arbeit zu bringen und zu halten“. Solange nicht mehr proaktive Schritte unternommen werden, Arbeitgeber zu einer Änderung ihrer Praktiken zu bewegen, sind die meisten der genannten Gruppen wohl dazu verdammt, vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden bzw. nur Zugang zu den schlimmsten Jobs zu erhalten. In einigen Fällen, wie etwa dem des Roma Julian, ist die Diskriminierung so enorm, dass konstruktive Maßnahmen unerlässlich sind, um sowohl die direkte als auch die indirekte Diskriminierung beim Zugang zur Arbeit anzugehen. Gleiches gilt für die Ausgrenzung der Kinder von Grund- und weiterführender Schulbildung, und außerdem muss die Vertretung der Roma im Regierungs- und Justizsystem gefördert werden.

Konstruktive Aktivierung/aktive Eingliederung

Nicht alle Geschichten sind negativ. Einige, wie etwa die von Frédéric, beleuchten Schlüsselfaktoren, die etwas bewegen können, nämlich wie sich umfassende und integrierte aktive Eingliederungsstrategien entwickeln lassen, die den Menschen wirklich bei ihrer Weiterentwicklung helfen und die entscheidende Verbindung zu richtigen Arbeitsplätzen bieten. Diese Strategien nehmen die Bedürfnisse der betroffenen Menschen als Ausgangspunkt und entwickeln Ansätze, die ihnen Vertrauen geben, ihnen helfen, Fähigkeiten zu entwickeln oder vorhandene Fähigkeiten zu festigen und an Aktivitäten und der Gemeinschaft teilzuhaben. Es handelt sich also um echte Empowerment-Strategien. Sie beinhalten Beratungen und Mentorschaften mit zielgerichteter Fortbildung und Unterstützung, doch stellen sie gleichzeitig auch den Zugang zu spezifischen, qualita-

tiv hochwertigen Hilfsdiensten sicher. Menschen in die Arbeit zu bringen ist häufig ein langfristiges Vorhaben und nicht das primäre Ziel. Hier wird anerkannt, dass Arbeit keine Lösung für alle verletzlichen und ausgegrenzten Menschen sein kann. Ferner erkennen die Strategien die Notwendigkeit einer adäquaten Einkommensunterstützung an, die mit dem Schritt in die Arbeit effektiv koordiniert wird, sodass ein echter Anreiz geboten wird, einen vernünftigen Job zu finden, ohne Menschen zur Unsicherheit zu verdammen.

Wesentliche Rolle der NRO

Alle Geschichten betonen die Schlüsselrolle, die den NRO und dem gemeinnützigen Sektor bei der Bereitstellung individueller sozialer Ansätze zukommt. Bei den meisten dieser Organisationen liegt ein wichtiger Mehrwert im gegenseitigen Nutzen, der sich aus der Beziehung zwischen der jeweiligen Organisation und dem einzelnen Betroffenen ergibt. Grundlage dieser Beziehung ist der Dialog. Genau, wie die angestellten und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NRO den Einzelnen tätig dabei unterstützen, seine Probleme in den Griff zu bekommen und genügend Selbstvertrauen aufzubauen, um sich Fähigkeiten anzueignen, die ihn aktiver machen oder beim Erlangen eines Arbeitsplatzes helfen, bekommt die Organisation auch vom Einzelnen durch dessen Teilhabe häufig viel zurück. Eben dies macht die Besonderheit vieler NRO aus. Diese Organisationen haben eine Fülle an langfristiger Erfahrung mit kreativer, unterstützender Arbeit, die verletzte Menschen stärkt. Es ist unbedingt erforderlich, dass diese Erfahrung finanziell unterstützt wird. In der Realität scheint jedoch häufig das Gegenteil der Fall zu sein. Viele NRO kämpfen ums Überleben und müssen mit der permanenten Androhung von Mittelkürzungen zurechtkommen.

Empfehlungen

Die Erfahrungsberichte heben hervor, wie dringend notwendig die Entwicklung gemeinsamer Grundsätze und Standards ist, um die am stärksten ausgegrenzten Menschen in Arbeit zu bringen und ihnen bei der Eingliederung zu helfen. Dies kommt zur rechten Zeit, denn auch die Kommission hat in einer ihrer jüngsten Mitteilungen⁴⁾ eine Anhörung zur Rolle der Mindesteinkommensmodelle und zur Notwendigkeit gemeinsamer Grundsätze für die aktive Eingliederung gestartet. Das EAPN hat ebenfalls eine Antwort auf diese Anhörung verfasst, die sich auf Informationen der nationalen Netzwerke und Erkenntnisse wie etwa die Erfahrungsberichte bezieht⁵⁾.

Die Netzwerke des EAPN stimmen darin überein, dass der Ausgangspunkt dieser Strategien die Bedürfnisse des einzelnen Menschen sein müssen sowie das Recht auf ein sicheres, adäquates Einkommen und einen bezahlbaren Zugang zu qualitativ hochwertigen Diensten. Die aktive Eingliederung selbst sollte integrative Wege unterstützen, bei denen Arbeit ein wichtiger, jedoch nicht der einzige Schwerpunkt ist. Den NRO und den Hilfsorganisationen kommt in diesem Prozess eine entscheidende Rolle zu, genau wie den Arbeitgebern und den Sozialpartnern, wenn es darum geht, die Qualität der Beschäftigungsinitiativen, der Ausbildung und der Arbeitsplätze sicherzustellen.

Ohne solche Maßnahmen läuft die EU Gefahr, keine wirklichen Fortschritte bei der Beseitigung der Armut bis zum Jahr 2010 zu erzielen und dass sich Menschen wie Anja, Ferry, Rose, George, Joanne, Frédéric, Maria und Julian in ihren Hoffnungen und ihren Bestrebungen nach einem vernünftigen Arbeitsplatz und einem besseren Leben betrogen sehen. Wir vertrauen darauf, dass die EU diese Menschen nicht enttäuschen wird.

4) KOM: Über die Anhörung zu Maßnahmen auf EU-Ebene zur Förderung der aktiven Einbeziehung von arbeitsmarktfernen Personen (KOM 8.2.2006)

5) Antwort des EAPN auf die Mitteilung der Kommission abrufbar unter www.eapn.org.

Schlüsselemente einer wirksamen aktiven Eingliederungsstrategie:

1. Ein adäquates Mindesteinkommen für ein Leben in Würde

Bereitstellung eines ausreichend hohen Einkommens, damit ein menschenwürdiger Lebensstandard gehalten werden kann, und zwar unabhängig vom beruflichen Status; Menschen, die von Armut betroffen sind, ist eine stabile Einkommensbasis zu garantieren, auf der sie ihr Leben und ihre Zukunft planen können.

2. Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen

Zugang zu qualitativ hochwertigen Hilfsdiensten als soziales Recht garantieren; Unterstützung beim Zugang zur Arbeit (einschließlich Kinderbetreuung, Gesundheit, Bildung, Sozialdienste und Wohnraum/Unterkunft) ist ebenfalls sicherzustellen.

3. Umfassende und integrierte Ansätze in den Bereichen Arbeit und Eingliederung

Förderung individueller und integrierter Ansätze, die verletzbaren Menschen bei dem Weg in die Arbeit und/oder bei der Eingliederung langfristige Unterstützung bieten und die den multidimensionalen Charakter der Armut anerkennen. Bereitstellung einer diagnostischen Unterstützung und Beratung sowie spezieller Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen.

4. Wege zur Eingliederung: Empowerment und Teilhabe

Anerkennung, dass es abgesehen von Arbeitsplätzen auch noch andere Wege zur Eingliederung gibt. Aktive Unterstützung der persönlichen Entwicklung, der Eingliederung in die Gemeinschaft und der Teilhabe. Anerkennung der Schlüsselrolle der NRO als innovative und unterstützende Dienstleistungserbringer.

5. Vernünftige, feste und angemessene Arbeitsplätze

Vorrangige Förderung der Schaffung von qualitativ hochwertigen Jobs, insbesondere für die verletzlichsten Menschen, sowie von Jobs, die ihren Bedürfnissen entsprechen, beispielsweise durch den geschützten Arbeitsmarkt oder soziale Unternehmen.

6. Grundrechte und effektive Maßnahmen gegen Diskriminierung

Nötig ist ein klares Engagement für die Verteidigung der sozialen Grundrechte für alle. Proaktive Maßnahmen und Ansätze zur Ächtung von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Abstammung bzw. der ethnischen Herkunft, des Einwanderer- oder Flüchtlingsstatus, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sollten eingeführt werden, insbesondere in Hinblick auf den Zugang zu Jobs und Dienstleistungen.

7. Governance und Teilhabe

Förderung einer aktiven Governance, die die NRO und andere wichtige Akteure, einschließlich der Sozialpartner, beim Entwurf, der Umsetzung und Überwachung von Strategien auf regionaler, nationaler und EU-Ebene einbezieht. Die Teilhabe der Menschen, die von Armut betroffen sind, erfordert stabile Mechanismen.

nak



nak Nationale Armutskonferenz
Mitglied im Europäischen Armutsnetzwerk EAPN



www.nationale-armutskonferenz.de

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband	im Internet: www.nationale-armutskonferenz.de
Armut & Gesundheit in Deutschland	
BAG der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen	Sozialpolitische Bilanz 2005
BAG Schuldnerberatung	Hartz IV . . .
BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit	und
BAG Wohnungslosenhilfe	die Betroffenen?
Bundesverband Deutsche Tafel	
Der Paritätische Wohlfahrtsverband	
Deutscher Bundesjugendring	
Deutscher Caritasverband	
Deutscher Gewerkschaftsbund	
Deutsches Rotes Kreuz	Dezember 2005
Diakonisches Werk der EKD	
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland	Nationale Armutskonferenz für die Bundesrepublik Deutschland



www.armutskonferenz.at

Mehr zum Thema:

ARMUT IN ÖSTERREICH.

Erwerbslos, alleinerziehend, working poor, zugewandert
460 000 Menschen in Österreich sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, Frauen stärker als Männer. Ein Viertel der Armutsbevölkerung sind Kinder
▶ Mehr zu "Armut in Österreich"

NEWS.

Mindestsicherung: Wo Armutsbekämpfung endet und Hartz IV beginnt.
Utl.: Das im Regierungsprogramm vorliegende Konzept ist keine Grundsicherung, sondern eine Sozialhilfereform, deren Eckpunkte noch sehr unklar sind.
▶ Mehr zu <Wo Armutsbekämpfung endet und Hartz IV beginnt>
▶ Mehr NEWS

Titelbilder und Seiten 8, 14, 32
mit freundlicher Genehmigung von Fabrice Wagner / Le caillou bleu, Brüssel
Seite 38 mit freundlicher Genehmigung von Attila Janics
Seite 52 mit freundlicher Genehmigung von Maria Zimmermann
Seite 56 von Alfred Schleimer
Konzept, Entwurf und Layout: Le caillou bleu, Brüssel



European Anti-Poverty Network (EAPN) AISBL
Rue du Congrès 37-41
B-1000 Bruxelles
www.eapn.org

Das EAPN ist eine unabhängige Vereinigung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Gruppen, die in den EU-Mitgliedstaaten und Bewerberländern im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung tätig sind. Die EAPN-Mitglieder möchten Menschen und Gemeinschaften, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, die Möglichkeit bieten, ihre Verantwortung und Rechte auszuüben, ihre Isolation zu durchbrechen und ihrer sozialen Ausgrenzung entgegenzutreten.

ISBN-Nr. 2-930252-90-5
Datum der Veröffentlichung: Mai 2006 auf Englisch und Französisch
Weitere Informationen zu dieser Veröffentlichung oder dem EAPN unter www.eapn.org

Nationale Armutskonferenz - nak
Karlstraße 40
D-79104 Freiburg
www.nationale-armutskonferenz.de

ISBN-Nr: 978-3-7841-1693-8
Nachdruck in Deutsch mit Ergänzungen: November 2006
Herstellung und Veröffentlichung mit finanzieller Unterstützung der
Europäischen Kommission
und des Bundesministeriums für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend